

Nr. 9
September 1982
4. Jahrgang
Erscheint monatlichRedaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Die Kosten parlamentarischer Vorstösse

Ist der «Preis» zu hoch?

Nicht nur die Frage über den Kosten-Nutzen-Aufwand parlamentarischer Vorstösse wird öfters gestellt, sondern auch jene über deren «Preis». Die von Nationalrat Jean-Pascal Delamuraz (FDP, VD) geleitete Geschäftsprüfungskommission der Grossen Kammer hat sie in ihrem Bericht über die Tätigkeit des Bundesrates zu beantworten versucht:



Justiz- und Polizeidepartement, das Finanzdepartement und das Volkswirtschaftsdepartement, während das Departement für auswärtige Angelegenheiten am wenigsten beansprucht wurde. Der Bundesrat hat zu 50 Motionen und Postulaten die Ablehnung beantragt; in 25 Fällen ist das Parlament ihm gefolgt, in 8 Fällen nicht; 17 der Motionen und Postulate waren Ende 1981 noch nicht behandelt. Den Arbeitsaufwand, den die parlamentarischen Vorstösse verursachen, schätzt der Bundesrat auf durchschnittlich 100 Stunden, das heisst, dass ungefähr 20 Arbeitskräfte im Jahr für die Vorbereitung der Antworten des Bundesrates auf die persönlichen Vorstösse beansprucht werden.

Die nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission ist der Ansicht, dass der Durchschnitt von 100 Arbeitsstunden pro Vorstoss grosszügig gerechnet ist. Einmal angenommen, diese Schätzung stimmt, so sind es nicht mehr als

rund 20 Beamtenstellen, die für den Verkehr mit dem Parlament eingesetzt werden. Bei den 34 000 Stellen der Verwaltung — ohne die SBB und die PTT — ist das eine höchst bescheidene Zahl.

Schliesslich gehören die parlamentarischen Vorstösse wesentlich zu den eingangs erwähnten Kontrollinstrumenten, die ein unabdingbares Gegengewicht zu Regierung und Verwaltung bilden. Die Spielregeln der Demokratie schliessen nicht nur Kontrollen wie die Geschäftsprüfung ein, sondern unter anderem auch die persönlichen parlamentarischen Vorstösse. Manche zeichnen sich aus durch anregende Wissbegier und kritische Wachsamkeit und können damit der Regierung und der Verwaltung durchaus von Nutzen sein — ist doch der Mangel an Selbstkritik eine der grössten Gefahren für jedes menschliche Unterfangen.

Ueberdies haben die persönlichen Vorstösse von Parlamentariern schon viele neue Ideen gebracht und oftmals den Bundesrat zu einer Neuorientierung veranlasst, die sich im nachhinein als vorteilhaft erwiesen hat.

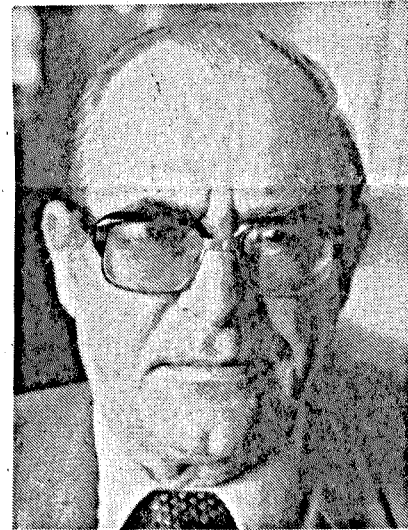
Der «Preis» für die parlamentarischen Vorstösse ist also nicht hoch. Er könnte noch einiges niedriger sein, wenn man die Antworten kürzer fasste — das gilt vor allem bei Interventionen, die früher behandelte Fragen aufgreifen. Der Arbeitsaufwand liesse sich weiter verringern, wenn der Bundesrat nicht Motionen und Postulate entgegennähme, von denen er von Anfang an schon weiss, dass er ihnen nicht entsprechen wird.»

Der Unternehmer als «Geisel»

Die französischen Erfahrungen

Seit der intensiven (und übereilten) Nationalisierung grosser Sektoren der französischen Wirtschaft, die im vergangenen Herbst, kein halbes Jahr nach den «grossen Wahlsiegen» Mitterrands und der Sozialisten, «eingeläutet» wurde und sich in der Durchführungsphase befindet, gibt es signifikante Rücktritte in Frankreich. Alt Nationalrat Erwin Waldvogel, Auslandredaktor bei den «Schaffhauser Nachrichten», hat die Entwicklung in Frankreichs Wirtschaft seit dem Wahlsieg Mitterrands verfolgt:

Industrieminister Dreyfus, bis dahin Paradeferd des nationalisierungswütigen Regimes — da er seit Jahren die Renault-Regie nationalisiert erfolgreich führte —, ist das seit einem knappen Monat nicht mehr. Noch vor ihm hatte ein Unternehmer, der trotz Bedenken an der Spitze eines Konzerns, der «Rhône-Poulenc», als ein von der Regierung ernannter «Generalverwalter» («administrateur général») verblieben war, im Juli die Demission eingereicht. Es war bereits der Nachfolger Dreyfus', Chevènement, schon weit mehr sozialistischer Doktrinär als ersterer, der die Demission dieses unentwegten Unternehmers auch in Staatsdiensten der Öffentlichkeit bekanntgab, worauf dieser «Abtrünnige» dieser Öffentlichkeit seine Gründe bekanntgab.



schiedene Länder, unter anderem auch in die Schweiz, um dort einer nationalen «Sezession» in den einzelnen Staaten zuvorzukommen. Er reiste mit einem durch den Industrieminister verbürgten Wort des Premierministers persönlich, wonach die französische Regierung ihn, Gandois, ausdrücklich gebeten habe, an der Spitze der «Rhône-Poulenc» auch in «nationalisiertem Zustand», zu bleiben.

Lehrbuch sozialistischer Illusionen

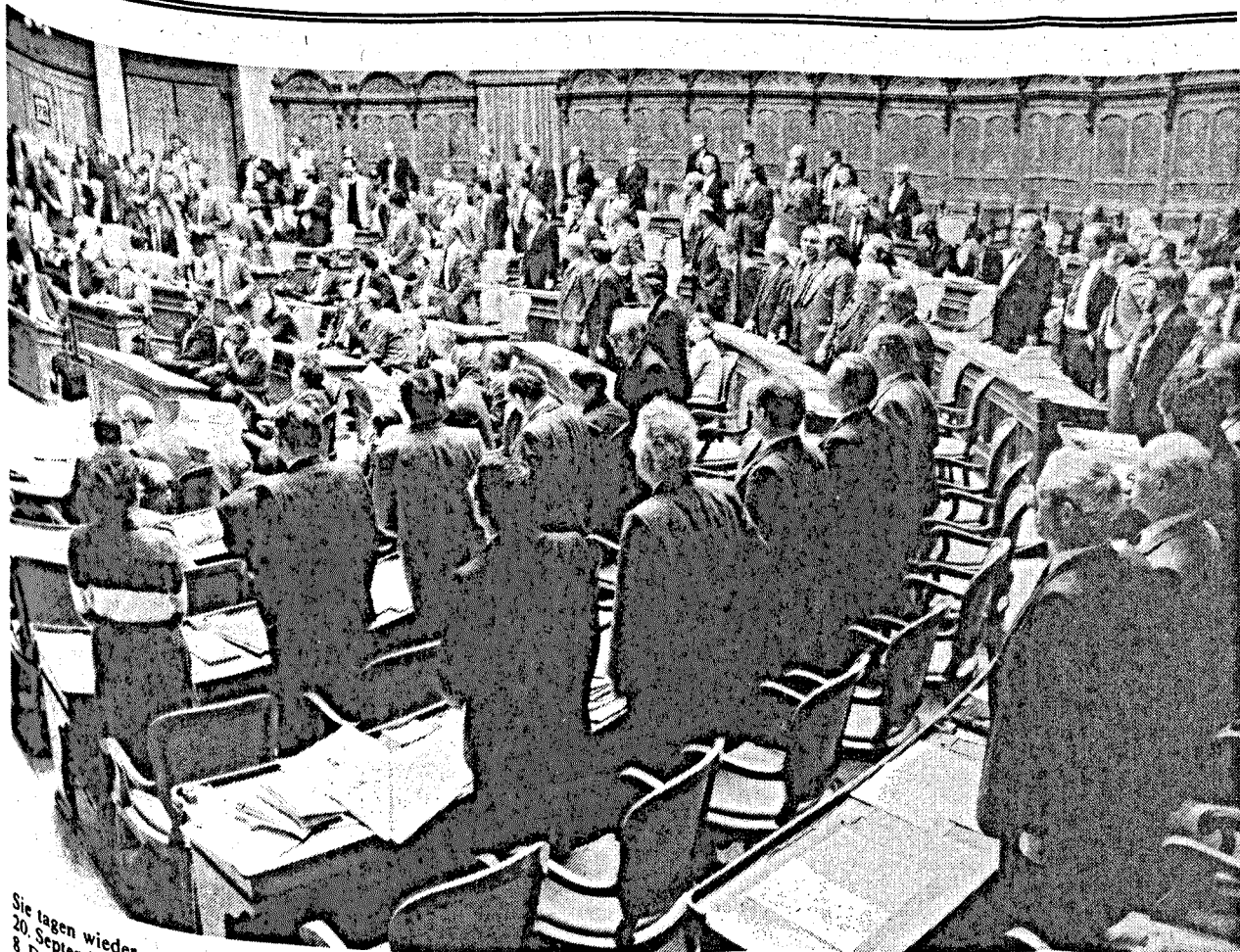
Jean Gandois heisst dieser, und er liess sich darüber von der Zeitung «Le Monde» ausführlich befragen. Das Interview, aus dem wir hier einige Einzelheiten zusammenfassen, ist geradezu ein Lehrbuch über sozialistische Illusionen, von der Ahnungslosigkeit sozialistischer Doktrinäre in Wirtschaftsdingen, wie sie zurzeit in Frankreich haufenweise am Werk sind, und für Illusionäre, die es über den Sozialismus auch im bürgerlichen Lager noch gibt.

Gandois galt, nach eigener Aussage, als sozialer Patron der Privatbetriebe, denen er vorstand, und war unter seinesgleichen auch ein wenig als «Gauchiste» verdächtig. Als die Sozialisten und ihr Präsident so fulminant siegten, sah er die Welt nicht untergehen, obwohl ihm diverse ihrer Absichten und Pläne als diffus, wenn nicht gar gefährlich vorkamen. Aber er rang sich zur probeweisen Zusammenarbeit mit den neuen Herren durch. Als sie seinen Konzern zu nationalisieren begannen, drang er vor allem auf eine anständige Entschädigung für die Kleinaktionäre, die immerhin 40 Prozent der Aktien innehatten. Seine Sorge galt auch den ausländischen Niederlassungen der Gruppe. Er reiste in ver-

Linker oder Rechter?

Im eigenen Land tönte es freilich bald anders. Die Gewerkschaften begannen sich auf ihn persönlich einzuschliessen: jetzt war er halt ein «Rechter». Offenbar sollte er als «administrateur général» ver-

Fortsetzung auf Seite 6



Sie tagen wieder — die eidgenössischen Räte (Blick in den Nationalratssaal bei einer Abstimmung). Die Herbstsession dauert vom 20. September bis zum 8. Oktober. Neben den hängigen Parlamentsgeschäften sorgen die für die Wintersession — Wahltag ist der 8. Dezember — anstehenden Ergänzungswahlen in die Landesregierung für den nötigen Gesprächsstoff. Zu letzterem Thema beachten Sie bitte auch die Seite 8.

(Foto rutli)

Sparen?
Dann zur
SKA.

Von der Exportindustrie als Konjunkturstütze, dem Einfluss des Frankenkurses und nicht zu vergessenden Dienstleistungen

Lehrreiche Ertragsbilanz

Die wirtschaftliche Tagesaktualität wird durch schlechte Nachrichten über die industriellen Beschäftigungsverhältnisse erheblich belastet. Das Ende der Sommerpause hat keine Verbesserung gebracht; vielmehr sind die Ankündigungen von Kurzarbeit und Stellenabbau zahlreicher geworden, nicht zuletzt aus Export-Schlüsselbranchen wie der Maschinen- und der Uhrenindustrie.

(1.) Der letzte Lagebericht des Nationalbank-Direktoriums bestätigte die Konjunkturabschwächung und wies darauf hin, dass bei stagnierender privater Güter- und Leistungsnachfrage sowie rückläufiger Investitionstätigkeit die Exporte zwar seit Anfang 1982 weiter gestiegen sind, aber die Bestellungseingänge aus dem Ausland eine Tendenzverschlechterung anzeigen.

Konjunkturtypische Aktivierung

Indessen sollten die Gegenwartschwierigkeiten nicht übersehen lassen, dass die aussenwirtschaftlichen Beziehungen für die Schweiz eine beschäftigungspolitisch ausschlaggebende Bedeutung behalten. Das bekräftigt die Ertragsbilanz 1981, deren Hauptergebnisse jüngst von der Kommission für Konjunkturfragen veröffentlicht worden sind. Erneut zeigte sich das Charakteristikum, dass bei rückläufiger internationaler Konjunktur die Salden zumindest anfänglich zugunsten der Schweiz ausschlagen, weil deren Nachfrage nach ausländischen Gütern und Leistungen verhältnismässig rasch reagiert, während sich die Exporte noch vergleichsweise gut zu behaupten wissen. So ist 1981 ein Aktivsaldo der Ertragsbilanz von über 5 Milliarden Franken eingetreten, der einem vorjährigen Defizit von gegen einer Milliarde folgte; eine ähnliche Nettoverbesserung um rund 6 Milliarden war im Abschwingjahr 1975 zu beobachten gewesen. Die Kommission für Konjunkturfragen nennt drei Hauptgründe für die jüngste Aktivierung, nämlich den zyklisch bedingten Rückgang der realen Importe, die zinsinduzierte Zunahme der Kapitalerträge und einen die Exportkonjunktur stützenden tieferen Frankenkurs.

Tatsächlich ist die Exporttätigkeit, die in der Ertragsbilanz mit rund zwei Dritteln der Bruttoeinnahmen die dominierende Rolle spielt, die eigentliche Konjunktur- und Beschäftigungsstütze gewesen. Sie nahm sowohl nominell als auch real weiter zu. Zwar wurde ihr günstiger Einfluss auf die Ertragsbilanz durch die Verschlechterung des sogenannten Austauschverhältnisses (stärkere Steigerung der mittleren Importpreise als der Exportpreise) abgeschwächt, doch andererseits bewirkte der gleiche Umstand im Zuge der Wechselkursentwick-

lung eine Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Das traditionelle Defizit im gesamten Warenverkehr verminderte sich gegenüber 1980 von 11,4 auf etwa 8 Milliarden Franken.

Wichtige Marginalien

Von den Ertragsbilanzeinnahmen stammten sodann etwa ein Fünftel aus dem Dienstleistungsbe- reich und rund ein Siebtel von Arbeits- und Kapitaleinkommen aus dem Ausland. Der Fremdenverkehr trug massgeblich zur Bilanzverbesserung bei. Er erzielte nicht nur neue Einnahmenrekorde, sondern auch eine markante Aktivsaldovergrößerung, weil die Zahl der Auslandsreisen von Schweizern trotz dem (in der zweiten Jahreshälfte) wiederer- starkten Schweizerfranken rückläufig war. Expansiv entwickelten sich ferner die Auslandsverträge der schweizerischen Privatversicherungsunternehmen. Die Kapitalertragsbilanz (Bezüge und Zahlungen auf Grund der grenzüberschreitenden Direkt- und Finanzinvestitionen), in der die internationale Zinshausse sowohl Einnahmen als auch Ausgaben steigerten liess, schloss mit einem erhöhten Saldo zugunsten der Schweiz von über 10 Milliarden.

Die Aussenwirtschaftsrechnung enthält im übrigen eine Reihe wichtiger «Marginalien». Bei den einseitigen Uebertragungen, welche die sogenannte Leistungsbilanz zur Ertragsbilanz ergänzen, fällt vor allem die Entwicklungshilfe ins Gewicht. Bei den Dienstleistungen trugen der Transithandel und die Gütertransporte — einschliesslich der Luftfracht und der Hochseeschiffahrt — ebenso zur Ertragsbildung bei wie das Auslandgeschäft von Treuhandfirmen, Bau- und Ingenieurunternehmen und Anwaltsbüros. Im Post- und Fern-

Hängige Vernehmlassungen

- Revision der interkant. Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel (Frist: 30. 10. 1982)
- Schlussbericht der Kommission zur Ueberprüfung von Nationalstrassenstrecken (Frist: 31. 10. 1982)
- System der parlamentarischen Kommissionen (Frist: 30. 9. 1982)
- Revision Schuldbetriebs- und Konkursgesetz (Frist: 30. 9. 1982)
- Transjurane (Frist: 31. 10. 1982)

meldeverkehr resultiere dagegen ein Passivsaldo, gleich wie naturgemäss bei Transfers von Arbeits- einkommen der Grenzgänger.



Zustimmung zur Teilrevision der Militärorganisation

Der Vorentwurf zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation wird von der FDP begrüsst. Die Partei hält in ihrer Vernehmlassungsantwort allerdings fest, dass im weiteren Verfahren dafür Sorge getragen werden muss, dass sich keine unerwünschten Ausweitungen der vorliegenden Teilrevision ergeben. In Detailpunkten bringt sie ergänzende Vorschläge an.

Die FDP würde es begrüssen, wenn auf längere Sicht der Frauenhilfsdienst und die Rotkreuzkolonnen gleich behandelt werden. Nur so wird ihrer Ansicht nach wirklich konsequent ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung der Frau in der Armee getan. Zustimmung findet die Neuregelung über die Möglichkeit der Anrechnung von Auslandseinsätzen schweizerischer Armeeeingetragener als Instruktions- oder Spezialdienst. Gerade mit Blick auf den Einsatz im süditalienischen Erdbebengebiet im Dezember 1980 hat es sich gezeigt, dass derartige Aktionen sich neben ihrem humanitären Aspekt auch positiv auf die Armee auswirken. Die Partei begrüsst deshalb eine entsprechende Anpassung der Rechtsgrundlagen und glaubt, mit einer Kompetenzdelegation an den Bundesrat der Gefahr einer allzu weiten Ausdehnung der Anrechnung von Auslandseinsätzen hinreichend Rechnung zu tragen.

Nicht opponiert wird der personellen Verstärkung des Zivilschutzes mit Armeekadern. Die FDP spricht sich dafür aus, dass durch eine Dispensation vom aktiven Dienst zugunsten von Vorgesetzten und Spezialisten der Armee, die im Zivilschutz Dienst leisten wollen, diesem Anliegen Rechnung getragen wird. Für zweckmässig hält sie die Neuerungen beim Kadervorkurs für Rekrutenschulen; vertritt jedoch die Auffassung, dass die Dauer dieser zusätzlichen Dienste auf das wirklich erforderliche Minimum beschränkt wird und ausschliesslich der organisatorischen Vorbereitung dieser Schule dient. Bedenken meldet sie gegenüber der Behandlung von Verschiebungsgesuchen betreffend Rekrutenschulen und Einführungskursen zum Hilfsdienst an. Der Bundesrat sollte ein stärkeres Steuerungsinstrument in die Hand erhalten, als der Entwurf es vorsieht, da die Bewilligungspraxis in den Kantonen sehr unterschiedlich ist, was zu offenkundigen Ungerechtigkeiten führt.

Staatsausgaben effizienter und zielgerechter einsetzen

Zum Entwurf für ein Subventionsgesetz

Als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet die FDP den Erlass eines Subventionsgesetzes. Der Gesetzesentwurf entspricht der allgemeinen finanzpolitischen Zielrichtung der Partei, die Staatsausgaben effizienter und zielgerichteter einzusetzen und einer erhöhten Kontrolle zu unterziehen. Der Entwurf zu einem Subventionsgesetz wird deshalb grundsätzlich von der FDP der Schweiz unterstützt, sie übt jedoch an einzelnen Punkten Kritik und bringt Aenderungsvorschläge vor.

Der Gesetzesentwurf will die Subventionen an sich nicht in Frage stellen, erfüllt diese doch eine wichtige Ausgleichs- und Impulsfunktion im föderalistischen Bundesstaat. Mit der Aufstellung verbindlicher Grundsätze bei der Bemessung und Ausrichtung von Bundesbeiträgen wird mit dem neuen Gesetz allerdings auch ein Instrument geschaffen, den vermeidbaren von unerlässlichen Subventionsaufwand zu trennen und in diesem Bereich des Bundesfinanzhaushalts dem Gebot der Sparsamkeit beim Einsatz öffentlicher Mittel vermehrt Nachachtung zu verschaffen. «Ob dies tatsächlich gelingt», betont die FDP der Schweiz in ihrer Vernehmlassungsantwort, «wird entscheidend vom Willen zur Anwendung des Gesetzes abhängen. Das Subventionsgesetz wird die ihm zugedachte Wirkung nur dann voll entfalten können, wenn bei allen Beteiligten der Wille vorhanden ist, die in ihm verankerten Grundsätze in der Praxis durchzusetzen, d. h. wenn Bundesrat und Parlament bei jedem neuen Erlass mit Subventionscharakter sorgfältig prüfen, ob er mit den Grundsätzen des Subventionsgesetzes übereinstimmt, und wenn die Verwaltung beim Vollzug der Erlasse auf die strikte Anwendung dieser Grundsätze dringt.»

Die FDP kritisiert, dass der Subventionsbegriff im Gesetzesentwurf zu gesetzlichen Schwierigkeiten führt. Die Partei fordert den Bundesrat auf, vom bisher verwendeten Subventionsbegriff auszugehen und das Subventionsgesetz einer Straffung zu unterziehen.

Ziegler phantasiert weiter...

Der arme Jean Ziegler! Wenn er ein Buch schreibe, sagte er kürzlich in einem Interview, «mache ich keine Liebe, gehe nicht ins Kino». Denn ein Buch schreiben sei nicht nur «immer auch nicht-gelebtes Leben, weil man beim Schreiben im Imaginären weilt», sondern auch eine sehr mühsame Sache: früh morgens, weil er es infolge Heuschnupfens im Bett nicht mehr aushalte, entwerfe er von jedem Kapitel «vier bis sechs Fassungen».

Eine solche Fassung aus Zieglers unerschöpflichem «Imaginären» ist offensichtlich in die deutsche Taschenbuchausgabe gerückt, in der sein antischweizerischer Bestseller von 1976 neu aufgelegt worden ist, diesmal unter dem Titel «Das Schweizer Imperium» und dem Untertitel «Banken und Banditen» usw.

Erste Anmerkung bereits mit drei Fehlern

Schon in der ersten Anmerkung auf der ersten Seite seines Vorworts bestätigt sich, was Ziegler in dem erwähnten Interview weiter sagte: die Wissensübermittlung sei ein «ganz mysteriöser Prozess»: Um nämlich dem unbefangenen braven deutschen Leser zu beweisen, dass sich das böse «Gehirn des Monsters» in der Schweiz befinde, in der helvetischen «monopolkapitalistischen, multinationalistischen Warengesellschaft», lässt Ziegler seiner Phantasie gleich dreimal völlig freien und eben mysteriösen Lauf.

Er berichtet — der er als Ordinarius für Soziologie an der Universität Genf auf öffentliche Forschungskredite angewiesen sei —, dass ihm seine diversen Publikationen «Ungemach» gebracht hätten: Im Dezember 1981 habe ihm das Parlament «sämtliche Kredite (für mich, meine Assistenten) gestrichen». Antragsteller sei der Basler Parlamentarier Felix Auer, «Vizedirektor Ciba-Geigy», gewesen, und Schützenhilfe habe der Präsident des Schweizerischen Forschungsrates, Alfred Pletscher, «ehemaliger Hoffmann-La-Roche-Direktor», geleistet.

Man erinnert sich, dass das Parlament im Dezember letzten Jahres, bei der Beratung des Voranschlags 1982, den Kredit an den Nationalfonds von rund 140 Millionen Franken um 90 000 Franken gekürzt hat, das heisst um jenen Betrag, der aus dem Kredit von 1981 für ein auch sachlich umstrittenes, als «fragwürdig und unnützlich» bezeichnetes Projekt Zieglers vom Nationalfonds bereits bewilligt worden war. Dass er dennoch die 90 000 Franken erhalten würde — und zum Teil schon erhalten hatte —, weil sie rechtskräftig zuvor beschlossen worden waren, war dem Parlament durchaus bekannt. Der Kürzungsantrag wurde denn auch deutlich als Demonstration gegen den früheren Entscheid des Nationalfonds bezeichnet. Wenn nun Ziegler schreibt, der Kredit sei «gestrichen» worden, weiss er ganz genau, dass das nicht stimmt.

Aber auch anderes stimmt nicht, obwohl Ziegler an jenem Tag ausnahmsweise im Nationalrat anwesend war und die Debatte mitanhörte. So seine Behauptung, der Antrag sei von Nationalrat Auer gestellt worden. Antragsteller war jedoch Oehler (cyp., St. Gallen), wie Ziegler genau weiss. Und der von ihm erwähnte Präsident des Forschungsrates hatte mit der Angelegenheit überhaupt nichts zu tun, konnte also auch nicht die behauptete Schützenhilfe leisten.

Weshalb aber auch diese beiden wider besseres Wissen auf-

gestellten Behauptungen, also Lügen? Weil Ziegler in einem Fall «Ciba-Geigy» und im anderen «Hoffmann-La Roche» beifügen konnte, um so nach aussen zu demonstrieren, dass auch hinter seinem Ungemach die bösen Schweizer Multis ständen. Der Hinweis «Redaktor Oehler» hätte eben nicht in Zieglers vertracktes Weltbild gepasst.

Unwahrheiten am laufenden Band

Erneut liess Ziegler seiner Phantasie freien Lauf, als er in dem erwähnten Interview wieder einmal den Vorwurf erhob, unser Parlament sei «kolonialisiert»: Die national- und ständerätliche Kommission, die das «Gesetz über die Beaufsichtigung der Privatversicherungen» (Versicherungsaufsichtsgesetz) behandelte, habe mehrheitlich aus Versicherungsvertretern bestanden: «Die haben das Gesetz gemacht, natürlich in ihrem Interesse, und niemand hat daran Anstoss genommen», sagt Ziegler.

Die Tatsache: Von den 23 Mitgliedern der nationalrätlichen Kommission gehörte ein einziger dem Verwaltungsrat einer privaten Versicherungsgesellschaft an. In der ständerätlichen Kommission waren es mehr; sie bildeten jedoch keine Mehrheit. Und es war nicht etwa Jean Ziegler oder ein anderer linker Parlamentarier, der dies beanstandet hätte, sondern ausgerechnet ein Freisinniger: Kommissionspräsident Auer (BL) kritisierte in der Eintretensdebatte die Zusammensetzung der ständerätlichen Kommission, deren Verhandlungen «harzig» verlaufen seien. Der Ständerat selbst und die nationalrätliche Kommission hätten jedoch der berechtigten Kritik am Gesetzesentwurf Rechnung getragen. Das Gesetz wurde im übrigen durch das Parlament eher verschärft denn gemildert — im Interesse der Versicherten und nicht der Versicherungsgesellschaften!

Vom Saulus zum Paulus

Was soll's? Ziegler wird weiter phantasieren und lügen und verleumden, weil er damit offensichtlich publizistischen Erfolg hat, wenigstens im Ausland. Dort freut man sich darüber, dass ein eidgenössischer Parlamentarier und erst noch ordentlicher Professor am oft beneideten guten Image der Schweiz herumkratzt. Und Ziegler hat heute als Linker sichtlich mehr Publizität als früher, als er noch extrem rechts politisierte. Damals kam er damit nicht einmal bei der Rechten an. Bei vielen Linken ist er freilich als strammer Kommunistenfresser wenn auch nicht in bester, so doch in üblicher Erinnerung...

Wie sagt doch Jean Ziegler in dem erwähnten Interview weiter? «Ich werde immer verrückter», aber auch: «Die Intellektuellen sind immer ein bisschen überheblich...» — S heit öp-
Cerberus

Korrigenda zum «Bündner Freisinn» vom August

Der Druckfehlerteufel hat aus dem Bezirk Heizenberg einen Bezirk Hinterrhein gemacht. Damit die lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger in beiden Bezirken weiterhin in Frieden leben, bitte ich Sie, die Geographie wieder in Ordnung zu bringen.
Der Redaktor W. Backes



«FDP-Parteipfiffel»: (v. l. n. r.) Generalsekretär Leuenberger; Bundespräsident Honegger; der Präsident der Kontrollstelle der Partei, Nationalrat Rüegg; Parteipräsident Yann Richter.

Stellungnahme der FDP
zum Bericht der Kommission Biel

Umstrittene Nationalstrassen-Teilstücke

Eine vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission, die von LdU-Nationalrat Dr. Walter Biel präsiert wurde, hatte den Auftrag, sechs umstrittene Nationalstrassenstücke einer Ueberprüfung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Arbeiten wurde einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen. In Anbetracht des allgemeinen Interesses wird nachstehend auszugsweise die Stellungnahme der FDP der Schweiz im Vernehmlassungsverfahren publiziert.

Einleitend hält die Partei fest, dass für sie das im Jahr 1960 von den eidgenössischen Räten gutgeheissene Nationalstrassennetz ein zusammenhängendes Ganzes darstellt. Andererseits wendet sie sich aber auch dagegen, dass der motorisierte Verkehr um jeden Preis gefördert wird. Die Arbeit der Kommission Biel wird anerkannt, jedoch bedauert, dass es ihr nicht durchwegs gelungen ist, den betroffenen Bevölkerungskreisen die Motive ihrer Entscheide verständlich zu machen. Zu den einzelnen Teilstücken nimmt die Partei wie folgt Stellung:

N1 Yverdon—Avenches

Der Auftrag an die Kommission beschränkte sich auf die Ueberprüfung des Abschnittes Yverdon—Avenches der N1. Die Kommission entschied sich aber dafür, auch ihre Meinung zum Ausbaustandard der N5 zwischen Grandson und Boudry zum Ausdruck zu bringen, «da ein enger Zusammenhang zwischen der N1 und der N5 besteht». Wir verstehen diesen Schritt, bedauern aber, dass die Kommission bei der Prüfung dieses Abschnittes nicht mit der gleichen Sorgfalt vorging wie bei den anderen.

Was den Abschnitt N1 Yverdon—Avenches betrifft, schliessen wir uns der Empfehlung der Kommission aus folgenden Gründen an:

● Die N1 ist eine Strasse von nationaler und internationaler Bedeutung; man kann nun nicht einfach ein «Loch» von 33,5 km in der Mitte der Linienführung zulassen.

● Die erst kürzlich vollendete N12 kann insbesondere für den Schwerverkehr nicht als ideale Strassenverkehrsverbindung zwischen der deutschen und der französischen Schweiz betrachtet werden. Das Gefälle gewisser Abschnitte ist ein Hindernis.

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:
Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:
Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.

Schweizerische Bankgesellschaft

des Juras und der welschen Schweiz herzustellen.

SN1—SN3 Hardturm—Letten— Sihlhölzli

Entgegen der Auffassung der Mehrheit der Kommission Biel beantragen wir, dass dieses Teilstück gemäss dem ursprünglichen Projekt gebaut wird, da es zu einer Gesamtkonzeption der Strassenverbindungen der Agglomeration Zürich gehört. Die Notwendigkeit dieses Ausbaus ist offensichtlich, dies um so mehr, als er von den Stimmbürgern des Kantons in einer Volksabstimmung gutgeheissen worden ist. Wir verstehen deshalb nicht, aus welchen Gründen dieser Abschnitt noch einmal in Frage gestellt worden ist. Es sind zwar technische Verbesserungen am ursprünglichen Projekt vorzunehmen, aber es drängt sich eine rasche Verwirklichung auf, um in kürzester Frist der unbefriedigenden Situation ein Ende zu setzen.

N4 Wettwil—Knonau

Wir teilen die Auffassung der Kommission, den Abschnitt Wettwil—Knonau der N4 im Nationalstrassennetz zu belassen. Für das als Variante vorgeschlagene Projekt Zimmerberg sprechen zwar auch sachliche Argumente. Um eine Abkehr von der bisherigen Planung und der teilweise schon erfolgten Realisierung der N4 durch das Knonauer Amt zu rechtfertigen, müssten diese Argumente aber mindestens deutlich überwiegen. Das trifft nicht zu. Die Partei unterstützt indessen wesentliche Verbesserungen des heutigen Projektes zum besseren Schutz von Natur und Landschaft und zur Verminderung der Lärmimmissionen, insbesondere durch eine Tunnelführung im Bereich Birnensdorf—Landikon.

N6 Wimmis—Rawyl—Urvier

Der Verwirklichung dieses Teilstückes unseres Nationalstrassennetzes kommt eine erhebliche politische Bedeutung zu. Der Abschnitt ist ein wichtiges Glied in der Verbindung Nord—Süd. Die verschiedenen Instanzen im Kanton Wallis, die sich mit diesem Problem beschäftigen, haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine schnelle Verbindung mit der übrigen Schweiz wünschen. Als die Kommission ihren Bericht erarbeitete, hatte sie noch nicht Kenntnis vom Entscheid des Bundesrates, die Arbeiten am Sondierstellen einzustellen. Dies ist ein neues Element in den Entscheidungsgrundlagen, das beachtet werden muss. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte des Problems sind wir zu

Freisinnige Schulkoordinations-Initiative wird nicht zurückgezogen

Das Initiativkomitee für einen einheitlichen Schulbeginn ist nicht bereit, die 1979 lancierte Volksinitiative «Für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» nach den Abstimmungen in den Kantonen Zürich und Bern zurückzuziehen. Das Komitee, das von verschiedenen FDP-Kantonparteien gegründet wurde, will einen uneinheitlichen Schuljahresbeginn nach Sprachregionen nicht akzeptieren.

Erstmals seit den Volksabstimmungen in den Kantonen Zürich und Bern über den Schuljahresbeginn, die beide ein Festhalten am Frühlingstermin ergaben, nahm das FDP-Initiativkomitee für einen einheitlichen Schuljahresbeginn zum weiteren Vorgehen Stellung. Nach Angaben von Markus Frigo, der als Vertreter der zuger-

schen FDP dem Komitee angehört, lehnt dieses Gremium im Einklang mit dem Ausschuss für Kultur und Bildungspolitik der FDP Schweiz einen vorbehaltlosen Rückzug der Initiative ab. Es sei aber bereit, allenfalls einen Gegenvorschlag zu akzeptieren, der jedoch den Schuljahresbeginn im Spätsommer vorsehen müsse.

Niemals würden die Initianten einer differenzierten Lösung für Deutsch- und Westschweiz zustimmen. Man sei im weiteren der Meinung, die Frage des Schuljahresbeginns sollte nicht noch mit weiteren anstehenden bildungspolitischen Problemen im Sinne eines neuen Bildungsartikels gekoppelt werden. Das Komitee will jetzt die weiteren Beratungen der nationalrätlichen Kommission zu den hängigen Vorstössen abwarten.

Lieber Leser

Die Medien haben die Rücktritte der Bundesräte Honegger und Hürlimann längst vermeldet; die Spekulationen um ihre Nachfolge haben bereits begonnen. An diesem Spiel will sich «Der Freisinn» nicht beteiligen. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat die FDP-Kantonparteien aufgefordert, ihr Kandidaten zu nennen. Zu den Vorschlägen wird sich auch der Delegiertenrat der Partei vernehmen lassen können; die offizielle Nomination obliegt allerdings allein der Fraktion, die am 30. November oder 7. Dezember entscheidet. Die Vereinigte Bundesversammlung tritt am 8. Dezember zusammen. Noch ist es zu früh, das Wirken der beiden scheidenden Magistraten zu würdigen. Dennoch bringt vorliegender «Freisinn» auf Seite 8 auszugsweise einige Pressekommentare, die auf die Tätigkeit des amtierenden Bundespräsidenten in der Landesregierung eingehen.

Die PTT haben ein Kommunikationsleitbild erarbeitet, das eine zukunftsrichtige Gesamtschau des «gelben Riesen» präsentieren soll. «Der Freisinn» stellte dem für die Ausarbeitung des Leitbildes Verantwortlichen, PTT-Direktor Peter Solberger, einige Fragen und stellt es in kurzen Zügen in der Hoffnung vor, die Diskussion darüber, die bis anhin kaum über die interessierten Kreise hinaus führte,

folgenden Schlussfolgerungen gelangt:

● Das Prinzip einer Verbesserung der Verbindungswege zwischen der Gegend des Berner Oberlandes und dem Wallis ist aufrechtzuerhalten.

● Wegen der wichtigen politischen und geologischen Schwierigkeiten, welche die Verwirklichung gemäss der ursprünglichen Planung verunmöglichen, müssen andere Lösungen gesucht werden. Deshalb sind wir dafür, dass auch die Arbeiten an den Zugangsstrassen zum Eisenbahntunnel am Lötschberg sowohl auf bernischer als auch auf Walliser Seite weiterzuführen sind. Es sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, die jetzigen Alpenstrassen ins Nationalstrassennetz aufzunehmen.

N7 Müllheim—Kreuzlingen

Wir haben auch die Verwirklichung dieses Teilstückes einer Prüfung unterzogen und im Rahmen des Möglichen den vorgebrachten Bedenken Rechnung getragen. Wir kommen zu den gleichen Schlussfolgerungen wie die Kommission Biel, das heisst, dass die N7 Müllheim—Kreuzlingen im Nationalstrassennetz zu belassen ist. Wir bringen einen Vorbehalt betreffend Ausbaustandard dieser Strasse an: der Verzicht auf Pannentstreifen lässt sich kaum rechtfertigen und ist in einer Gegend mit häufigem Auftreten von Nebel sogar gefährlich.

N9 Corsy—La Perraudettaz

Der Bau der Bretelle, welche den Zugang zur N9 aus dem Osten von Lausanne verbessern soll, wirft das Problem der Linienführung von Strassen mit starkem Verkehr durch Wohngebieten auf. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass dadurch immerhin mehrere Lokalstrassen in diesem Quartier entlastet werden können, sind wir ebenfalls zum Schluss gelangt, dass die empfehlende Lösung die beste ist, dies um so mehr, als man das erste Projekt reduziert und verbessert hat, indem in weitem Masse den Wünschen derjenigen Rechnung getragen worden ist, welche den durch die neue Strasse bedingten Lärm befürchteten.

neu zu beleben. Denn die Frage, welche Aufgaben die PTT in der Zukunft zu erfüllen haben bzw. erfüllen sollen, kann nicht allein in die Verantwortlichkeit dieses Regiebetriebes gelegt werden. Die Antworten auf die «Freisinn»-Fragen finden Sie auf Seite 5.

Komplexer als ursprünglich angenommen ist die Frage eines Subventionsabbaus beim inländischen Tabak. Eine im vergangenen Jahr vom Nationalrat auf Anregung des freisinnigen Baselbieter Volksvertreters Felix Auer überwiesene Motion soll gemäss Antrag der vorbereitenden ständerätlichen Kommission in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelt werden. Mehr über die recht komplizierten agrar- und finanzpolitischen Aspekte dieses Problems auf Seite 7.

Der Ausgleich der kalten Progression — unbestreitbar das nationale Aergernis. Freisinnige Vorstösse zu dessen Beseitigung scheiterten sowohl im Nationalrat wie im Ständerat am Widerstand von CVP und SP. Vor geraumer Zeit hat ein von Nationalrat Dr. Hans-Georg Lüchinger (fdp., ZH) präsiertes Komitee eine Initiative gestartet mit dem Ziel, den Bund zur Erfüllung des verfassungsmässig bestehenden Auftrages zu verpflichten. Die FDP der Schweiz konnte sich dem Begehren im Zeitpunkt von dessen Lancierung nicht anschliessen, da die parlamentarischen Vorstösse noch anhängig waren. Die zuständigen Gremien der Partei werden jedoch in nächster Zeit die Frage einer Unterstützung der Initiative erneut prüfen. In dieser «Freisinn»-Ausgabe erläutert auf Seite 8 der Komiteepresident die Beweggründe der Initianten.

Aussergewöhnliche Beachtung fand, nicht nur bei den Direktinteressierten, der Bericht der Expertenkommission Biel über die Ueberprüfung von sechs umstrittenen Nationalstrassenstrecken. Die Antwort der FDP der Schweiz im Vernehmlassungsverfahren finden Sie auszugsweise auf Seite 3.

Der nächste eidgenössische Urnengang steht bald vor der Tür: Am 28. November haben Volk und Stände über die Preisüberwachungs-Initiative sowie den Gegenvorschlag der Bundesversammlung zu befinden. Die nächste «Freisinn»-Ausgabe wird nicht nur die Vorlage erläutern, sondern sie auch konträrkatorisch behandeln. — Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, welche die Abstimmungsempfehlung der Partei zu beschliessen hat, findet am 30. Oktober in Bern statt.

Chr. Beusch

**Aller Anfang ist
nicht schwer,
wenn Sie schon
von Anfang an
Ihre Baudeen
gemeinsam mit uns
diskutieren.**

Denn Gesamtkonzepte für Industrie- und Verwaltungsbauten müssen schrittweise erarbeitet werden. So entwickeln wir den optimalen Lösungsweg: von der generellen Vorstellung über das Konzept und das definitive Projekt bis zur schlüsselfertigen Realisierung. Damit von allem Anfang an ein gutes Ende eingeleitet ist.

Gellinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731

GELLINGER

Tribüne



Zwischen Informationsbedürfnis und Persönlichkeitsschutz

Der Datenschutz ist zu einem Schlagwort geworden, hinter dem sich offenbar allerlei Ideologisches verbergen lässt, zum Beispiel der Kampf gegen Werbung und eine freie Wirtschaft. So wird seit einiger Zeit unter dem Deckmantel des Datenschutzes Stimmung gegen den Adresshandel und die Postwerbung gemacht. Dies führt dazu, dass viele Gemeinden schon heute die Adressen von Neuzuzügern nicht mehr herausgeben. Betroffen davon sind vor allem lokale Unternehmer und Gewerbetreibende, aber auch Verbände und Parteien.

Lautstarke Kampagne

Immer mehr Gemeinden haben unter dem Druck einer lautstarken Kampagne gegen Adressverkehr und Briefkastenwerbung die Herausgabe von Neuzuzügeradressen in ihren Datenschutzreglementen unterbunden oder zumindest sehr drastisch eingeschränkt. Solche Massnahmen nützen niemandem etwas, weder dem Zuzüger, der vielleicht gerne seine neue Umgebung auch über Direktwerbung kennenlernen möchte, noch dem ortsansässigen Gewerbe, den Läden, der Lokalzeitung, den Verbänden oder Vereinigungen. Ihnen allen wird die Möglichkeit genommen, mit den Neuen in der Gemeinde Kontakt aufzunehmen.

Regelungen dieser Art entspringen einem falsch verstandenen Persönlichkeitsschutzdenken. Die Auffassung, wonach ein Neuzuzüger in seiner Persönlichkeit verletzt wird, nur weil der Metzger seine Spezialwürste anpreist oder ein Restaurant der Gegend auf sich aufmerksam machen will, ist zumindest sehr fragwürdig. Eine generelle Sperrung von Adressen ohne Gelegenheit zur Stellungnahme durch die Betroffenen grenzt aber an Bevormundung. Denn der umgekehrte Fall ist längst geregelt. Wer auf adressierte Direktwerbung verzichten möchte, der hat die Möglichkeit, sich auf die «Robinsonliste», die

Sperrliste der Schweizerischen Vereinigung für Direktwerbung, setzen zu lassen.

Bedürfnis nachgewiesen

Von dieser Möglichkeit wird jedoch ausserordentlich selten Gebrauch gemacht. Obwohl in Pressebeiträgen und Inseraten sowie in Radio- und Fernsehsendungen darüber orientiert wurde, sind bis heute lediglich 7000 Personen als «Robinsone» registriert, was etwa 3000 Haushaltungen entspricht. Zum Vergleich: auf ein einziges Inserat für den Gratisbezug von Versandhauskatalogen hin wurden über 20 000 Kataloge angefordert.

Persönlichkeitsschutz hochhalten

Zu Recht hat der Persönlichkeitsschutz in unserem Land einen hohen Stellenwert. Ein freier, für die Demokratie unabdingbarer Meinungsbildungs- und Meinungsäusserungsprozess ist nur möglich, wenn der Einzelne respektiert wird und seiner persönlichen Haltung im Rahmen der Rechtsordnung Ausdruck geben kann, ohne deswegen irgendwelche Nachteile persönlicher oder wirtschaftlicher Art befürchten zu müssen. Gesinnungsschnüfflern muss deshalb das Handwerk gelegt beziehungsweise gar nicht erst ermöglicht werden. Andererseits ist die gegenseitige Kontaktnahme ebenfalls unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft.

Es ist verständlich und auch richtig, dass das traditionelle Datenschutzbewusstsein unserer Verwaltungen mit der Einführung der EDV noch verstärkt worden ist. Viele Verwaltungen möchten nun allerdings am liebsten gar keine Daten mehr herausgeben, auch keine Adressen. Damit leisten sie aber dem Persönlichkeitsschutz einen Bärendienst und missachten das ebenfalls schutzwürdige Informationsbedürfnis.

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 36
Telex 77135

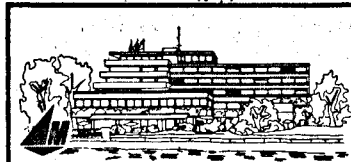
Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaine des Rôtisseurs

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seerassse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot Whirl-Pool Sauna Fitness
Grosser Parkplatz

CH-820 Arbon Tel. 071 40 35 35 Telex 722 47 Dir. Charles Delway



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen

(vis-à-vis Kathedrale)

H. J. Sistek, (071) 23 33 30



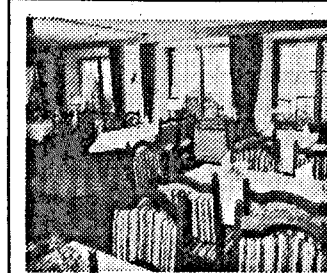
Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant
in idyllischer Landschaft.
Schloss Arenenberg mit
Napoleon-Museum. Je-
des Zimmer mit Blick auf
den Untersee. Gepflegte
Küche für spezielle
Fleisch- und Fisch-
gerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 84 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Es kann nicht Pflicht der Verwaltung sein, einen Datenstopp durchzusetzen. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, der Öffentlichkeit als zuverlässige Referenz für öffentlich bekannte Personendaten zu dienen.

Abgrenzung schaffen

Die technischen Errungenschaften im Bereich der Elektronik kommen einem stets wachsenden Informationsbedürfnis entgegen. Sie können jedoch die Privatsphäre des Einzelnen auch gefährden. Es gehört somit zu den bedeutenden Aufgaben von Politikern und Behörden, eine klare Abgrenzung zu schaffen zwischen

Personendaten, welche Einblick in Gesinnung und Privatverhältnis des Bürgers geben, und Angaben, die eine reibungslose Kommunikation ermöglichen. Läge hier nicht ein interessantes Themengebiet für eine Partei, die im Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung in der Gemeinschaft gross geworden ist?

Walter Schmid, Mitglied
der Datenschutzkommission
der Schweizerischen Vereinigung
für Direktwerbung

Die im «Tribüne»-Beitrag geäußerte
Meinung muss sich nicht mit jener der
«Freisinn»-Redaktion decken.

KABA STAR
Das Schliesssystem
mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsenden in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

BAUER KABA AG Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

SCHULER-WEINE

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Orell Füssli Werbe AG **ofa** Holbeinstrasse 30
8022 Zürich
Telefon (01) 32 98 71
Telex 52293

sowie weitere Filialen in der ganzen Schweiz

Spross

Ga-La-Bau
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Zürich 01-35 45 55

Scharniere

VonDach+Co
Metallwarenfabrik - 3250 Lyss
Beratung - Konstruktion - Eigener Werkzeugbau
Tel. 032 84 27 42

Für uns heisst verwalten
nicht nur buchhalten,
sondern vor allem den
Wert der Liegenschaft
erhalten.

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

Dass unsere
Massiv-Möbel
auch wirklich massiv sind,
können Sie auf dem Echtheits-
Zertifikat nachlesen.
Zu jedem Möbel aus Massiv-Holz
gehört ein

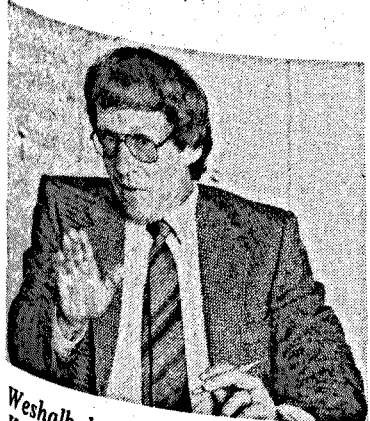
Echtheits-Zertifikat

Möbelzentrum des Handwerks
Volketswil: Autobahnausfahrt
Richtung Uster, vis-à-vis Ward
Tel. 01-945 58 81
Zürich: Uräniasstrasse 28
vis-à-vis Parkhaus Jelmoli
Tel. 01-211 79 47

Gespräch über das PTT-Kommunikationsleitbild

Die «Bibel» der PTT

Im Jahre 1978 beauftragte die PTT-Generaldirektion eine interne Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Kommunikationsleitbildes. Dieses liegt seit diesem Frühjahr vor. «Der Freisinn» befragte den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Peter Sollberger, Direktor der Stabsabteilung, über den Stellenwert des Leitbildes und dessen Bedeutung für die PTT.



Weshalb haben sich die PTT ein Kommunikationsleitbild gegeben?

Die Raschheit der technischen Entwicklung und die Ungewissheit über deren gesellschaftspolitische Auswirkungen bedingen in zunehmendem Masse eine Kommunikations-Gesamtplanung der PTT als Teil einer längerfristigen Unternehmenspolitik. Unsere Unternehmungsführung braucht dauerhafte, anpassungsfähige und praktische Leitlinien, um Entscheidungen in Kenntnis der Rahmenbedingungen und der möglichen Auswirkungen treffen zu können.

Welche Ziele verfolgt es?

Das Leitbild soll:
 ● mit Zielen und Strategien die Richtung der Entwicklung sowie die anzustrebenden Zustände im Bereiche der Kommunikation für die PTT-Betriebe festlegen;
 ● mögliche interne und externe Konflikte lösen helfen;

Aus dem Leitbild werden nachfolgend die wichtigsten Positionen von allgemeinem Interesse festgehalten.

● **Telefon:** Von Mitte der achtziger Jahre an soll ein digitales Telefonnetz geschaffen werden, über das später auch Dienste der Teleinformatik angeboten werden können. Die Umstellung wird rund 30 Jahre beanspruchen und soll bis zum Jahr 2010 abgeschlossen sein.

● **Radio und TV:** Für den Satellitenrundfunk soll die nötige Infrastruktur bereitgestellt werden. Ferner ist vorgesehen, die technischen Voraussetzungen für neue Dienstleistungen wie Videotext, Programmidentifikation, Teletext und Mehrtonübertragung zu schaffen.

● **Teleinformatik:** Es ist beabsichtigt, einen Datendienst (Telepac) als Alternative zu den Mietleistungsnetzen anzubieten. Ferner sollen zusätzliche, auf die Anwendung bezogene Datendienste offeriert werden.

● **Apparatomonopol:** Am Monopol bei den Telefon- und Telexapparaten wird grundsätzlich festgehalten. Auf dem Gebiete der Teleinformatik sind die PTT zu gewissen Liberalisierungsstufen bereit. Diese betreffen bestimmte typengeprüfte Zusatzrichtungen und Endgeräte (Faksimile, Teletext, Videotext), schliessen aber Modems und Datenanschlußgeräte aus.

● **Breitbandkommunikation:** Künftig dürfen in den Ortsnetzen mehrere

● eine Konzentration der Kräfte zur sinnvollen Nutzung und Förderung bestehender und zukünftiger Kommunikationsformen bewirken sowie

● eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Betriebsdepartementen unter gemeinsamen Zielsetzungen sicherstellen.

Welches ist der Grad seiner Verbindlichkeit? Ist es eine Standortbestimmung, eine Absichtserklärung, sollen es Leitplanken sein, oder ist es die Entscheidungshilfe für die PTT?

Für die PTT-Dienststellen ist das Leitbild verbindlich. Es fliesst direkt in die operative Unternehmensplanung ein und bildet die Basis für eine noch zu schaffende strategische Planung. Gegen aussen hin ist es eine Absichtserklärung sowie ein Beitrag der PTT zur medienpolitischen Diskussion.

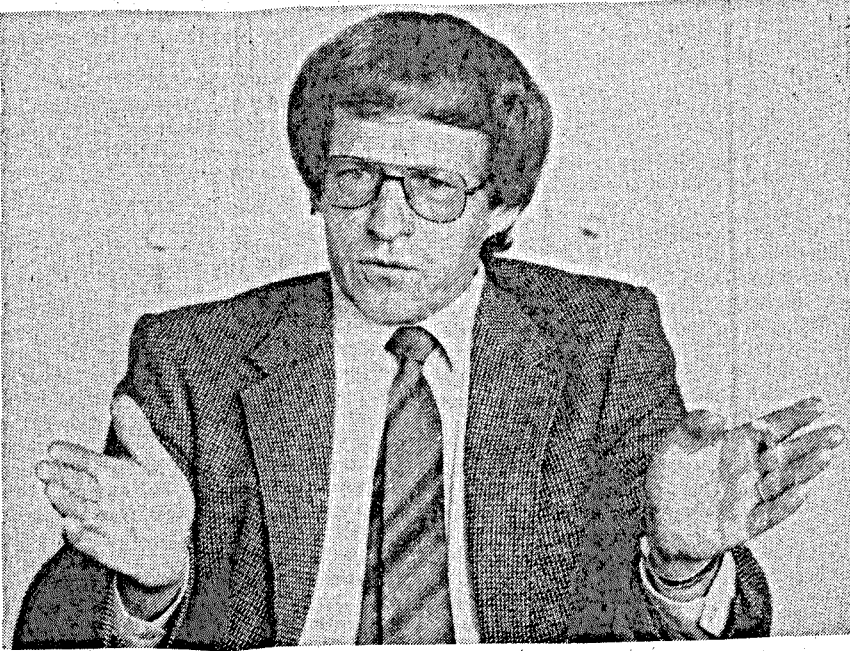
Wie ist das Kommunikationsleitbild gestaltet?

Grob gliedert sich das Kommunikationsleitbild in 10 Grundsätze, welche Aufgaben und Haltung der PTT in der Gesellschaft abgrenzen sowie in ein allgemeines Leitbild und in die Leitbilder der Post- und der Fernmeldedienste. Jeder Leitbildteil besteht aus Thesen, Zielen und Strategien. Das gesamte Leitbild ist nach den

Dienste wie TV, Radio, Telefon, Text- und Datenübertragungen im Breitbandsystem zusammengefasst werden. Beim Bau der entsprechenden Netze werden die PTT mit den privaten oder gemischtwirtschaftlichen Kabelbetrieben zusammenarbeiten. Auf dem Gebiete der Forschung ist eine enge Zusammenarbeit mit der Glasfaserindustrie vorgesehen. Auch sollen entsprechende Pilotanlagen erstellt werden.

● **Investitionen und Beschaffung:** Die Abhängigkeit von ausländischen Herstellern soll vermindert werden, damit eine lückenlose Versorgung mit Bauelementen gesichert wird.

● **Tarifpolitik:** Es ist beabsichtigt, eine koordinierte Tarifpolitik aller Post- und Fernmeldedienste anzustreben. An einheitlichen Tarifen für das ganze Land wird festgehalten. Im Postdienst soll der Eigendeckungsgrad 85 bis 90 Prozent, im Fernmeldewesen 110 bis 115 Prozent betragen.
 Weitere Punkte des Leitbildes betreffen die Briefpost (es wird mit einer weiteren Zunahme gerechnet), die Förderung einer vielfältigen Presse, die Förderung der Paketpost, wobei bei einer nächsten Tarifrevision der Unterschied zwischen leichten und schweren Paketen durch eine Erhöhung der Grundtaxen reduziert werden soll, die Attraktivierung des Postcheckverkehrs und die Sicherung einer hohen Poststellendichte. Bei der Einführung der neuen Techniken, ohne die das Leitbild nicht zu realisieren ist, und der neuen Dienstleistungen werden dem Personal eine rechtzeitige Information und ein Mitspracherecht zugesichert.



Aspekten Gesellschaft, Markt, Technik und Betrieb geordnet.

Wollen die PTT mit dem Kommunikationsleitbild Gesellschaftspolitik betreiben?

Die PTT sind sich bewusst, dass nicht alles, was technisch möglich und wirtschaftlich tragbar, auch gesellschaftlich erwünscht ist, und beurteilen daher die Entwicklung im Kommunikationsbereich ganzheitlich. Sie messen den qualitativen Aspekten neuer Kommunikationsformen eine hohe Priorität zu, indem sie auch die gesellschaftspolitischen Aspekte abklären lassen und sich auf eine breite Willensbildung in der Öffentlichkeit abstützen wollen. Die Beurteilung dieser Aspekte werden die PTT indessen den zuständigen politischen Instanzen überlassen.

Ist es als verkappter oder offener Versuch der PTT zu bezeichnen, ihr Monopol auszudehnen?

Ganz im Gegenteil! Die PTT haben im Leitbild ihre Haltung zu den wichtigen Monopolfragen dargelegt, die Schnittstellen PTT/Private im Fernmeldebereich klar definiert und Lockerungen im Bereiche des Apparatomonopols in Aussicht genommen.

Wie beurteilen die PTT im übrigen das Echo auf das Kommunikationsleitbild aus Ihrer Sicht?

Durchwegs positiv. Die Anstrengungen der PTT, ihre Ziele und Strategien auch einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen, wurden allseits begrüsst,

und die Absicht, den gesellschaftspolitischen Aspekten neuer Kommunikationsformen künftig besonderes Gewicht beizumessen, wurde besonders hervorgehoben und gewürdigt.

Sie haben an zwei Veranstaltungen und in zwei Etappen Ihr Leitbild in Grangeneuve vorgestellt. Wie haben sich diese Diskussionen in Ihrem Kommunikationsleitbild niedergeschlagen?

Im Seminar Grangeneuve I, im Frühling 1980, ging es uns insbesondere darum, die erarbeiteten Szenarien im Kreise von interessierten Journalisten, Politikern und Medienwissenschaftlern zu diskutieren. Die hierzu geäußerten Meinungen wurden zusammengetragen und fanden auf vielfältige Weise im späteren Leitbild in Form von Thesen und Zielen Eingang. Im Seminar Grangeneuve II wollten wir Wirkungen und Diskussionspunkte des Kommunikationsleitbildes feststellen. Auch diese Erfahrungen werden die Haltung der PTT in der Zukunft bestimmt beeinflussen und sich in den Zielsetzungen unseres Betriebes niederschlagen.

Wie lange soll es Gültigkeit haben, und sind von Zeit zu Zeit Revisionen vorgesehen?

Das Leitbild hat einen Betrachtungshorizont von 10 bis 20 Jahren. Es wird zur Grundlage einer strategischen Planung, die etwa alle fünf Jahre der neuesten Entwicklung angepasst werden soll. Die entsprechenden Arbeiten sind bereits in die Wege geleitet.



Der Aufbau des Kommunikationsleitbildes ist so gestaltet, dass der eigentliche Kern aus Zielen und Strategien besteht, wobei jedem Sachbereich eine Reihe von Annahmen, Feststellungen und Problemen in Form von Thesen vorangestellt werden. Den anzustrebenden Zuständen oder Absichten sind also jene Massnahmen zugeordnet, welche zur Zielerreichung erforderlich sind. Diese Art der Aussage in knapper Formulierung und ohne Beiwerk ermöglicht es, eine vollständige Liste der Vorstellungen der PTT zum gesamten Dienstleistungsfächer unterzubringen.

**Die «zehn Gebote» der PTT**

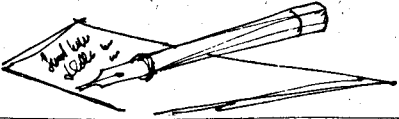
- 1 Die PTT sind dem Gemeinwohl verpflichtet.
- 2 Die PTT stellen die Versorgung des ganzen Landes mit einwandfreien Post- und Fernmeldeleistungen zu gleichen Bedingungen und auf wirtschaftliche Weise sicher.
- 3 Die PTT erbringen ihre Leistungen auf der Basis des gesetzlichen Auftrages.
- 4 Die PTT bewahren ihre organisatorische und wirtschaftliche Einheit.
- 5 Die PTT befassen sich im Kommunikationsbereich mit der Uebermittlung von Informationen und nicht mit Inhalten.
- 6 Die PTT behalten die öffentlichen Netzwerke für die Uebermittlung von Informationen in ihrer Verantwortung.
- 7 Die PTT stellen den freien Zugang zu allen von ihnen angebotenen Kommunikationsmöglichkeiten sicher.
- 8 Die PTT gewährleisten in ihrem Aufgabenbereich den Persönlichkeitsschutz.
- 9 Die PTT betreiben eine fortschrittliche und soziale Personalpolitik.
- 10 Die PTT sind sich bewusst, dass nicht alles, was technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist, auch gesellschaftlich erwünscht ist, und beurteilen daher die Entwicklung im Kommunikationsbereich ganzheitlich.

J.VONTOBEL & CO.
Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung
für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Leserbriefe



Wieviel Staat braucht der Mensch?

Für den Beitrag von Ständerat Hans Letsch in Nr. 8 vom August 1982 bin ich dankbar. Seine Stellungnahme ist ehrlich, klar, eindeutig und leicht verständlich. Die geäußerten Gedanken sind es wert, mehrmals gelesen zu werden. Sie sind sicher vielen, wie man so schön sagt, aus dem Herzen gesprochen.

Jeder Gleichgesinnte ist aufgerufen, an seinem Platz und im Rahmen seiner Möglichkeiten den Bestrebungen Andersgesinnter nach noch mehr Staat entgegenzuwirken.

Nach jahrzehntelanger Beobachtung unserer Politik mache ich selber für den heutigen Zustand — Einschränkung der persönlichen Freiheit, zuviel Steuerabgaben, zu grosse Verschuldung der Gemeinwesen — den Parlamentarier jeder Stufe verantwortlich.

Nicht den Normalbürger und weniger die Regierungen. Das Volk ist sich der Bedeutung und Macht der Parlamente (in Bund, Kantonen und Gemeinden) viel zu wenig bewusst, und entsprechend trifft es

seine Auswahl der Mitglieder gesetzgebender Behörden.

Und die Parlamentarier sind sich in ihrer Mehrheit ihrer Verantwortung nicht oder zu wenig bewusst. Ein einleuchtender Beweis: Alle Medien schenken den Wahlen (und den Gewählten) von Regierungen viel mehr Beachtung als denjenigen von Parlamenten. Die Ausnahmen bestätigen die Regel. Warum? Die Regierung (jeder Stufe) ist zahlenmässig viel kleiner, überschaubarer, persönlicher. Als Beispiel diene nur der Bundesrat bzw. die Bundesräte. Was und wieviel gibt doch jeder Rücktritt im Bundeshaus zu reden und zu schreiben! Unverhältnismässig viel! Dabei wäre ein im ganzen hervorragender Nationalrat viel wichtiger. Seine Zusammensetzung entspricht doch nicht mehr im geringsten der Berufs- und Sozialstruktur unseres Volkes (zu wenig Frauen, zu wenig Junge, zu viele Verbandsbosse, zu viele Juristen, zu viele Berufspolitiker, zu viele Lehrer, zu wenig Arbeiter, zu wenig Bauern, zu wenig Angestellte der Privatwirtschaft).

Jetzt bekämpfen wir Symptome anstatt Ursachen. Hören wir auf, von Sachwän-

gen zu fasn. Machen wir Denkwänge daraus. Ich weiss, die Zeit ist noch nicht reif für meinen Vorschlag: Wir brauchen ein Instrument, den Einsatz, Willen und die Leistung von Parlamentariern zu messen. Und das wäre der Einerwahlkreis, die Persönlichkeitswahl.

Heinrich Megert, Langenthal

Hinc illae lacrumae...

Das Wehklagen des extrem nach links abgedrifteten Verbandes der schweizerischen Studentenschaften (VSS) über die jüngst gegründete liberale Alternative erinnert stark an Terenz' geflügelten Ausruf in der «Andria»: «Hinc illae lacrumae» (daher diese Tränen). Denn der bürgerliche Dachverband schweizerischer Studentenorganisationen (DSO) will beispielsweise den unlegitimierten Alleinvertretungsanspruch des VSS in den Bundesgremien aufheben und deshalb um gleichberechtigten Einsitz nachsuchen. Da kann man wohl nicht auf ein Klatschen aus allen Reihen hoffen.

Verdankenswerterweise berichtete der «Freisinn» über die Gründung des DSO (Nr. 7) und erwähnte u. a. auch die liberale Hochschulzeitung «die synthese» (Auflage 31 200 Expl.); als Mitglied der Chefredaktion freue ich mich selbstverständlich über diese publizistische Würdigung unseres Organs, dies um so mehr, als «Hinc illae lacrumae» mehrere Dimensionen aufweist, meinte doch die VSS-Sprecherin in einem Interview («Basler Zeitung» vom 29. 7. 82): «Die Gründung des DSO ist verheerend, die studentische Politik wird gespalten, die Chancen zur Durchsetzung wichtiger Postulate sinken.» Dabei war es gerade der VSS, der mit seiner oft einäugigen, durch Flügelkämpfe zwischen linksextremistischen Gruppierungen gelähmten Politik weite Kreise der Studentenschaft (und nicht «nur» sie) vergraulte und so deren liberale Segmente zur Gründung eines Gegenverbandes recht eigentlich zwang. Damit trifft der Vorwurf der Spaltung nicht den liberalen DSO, sondern einzig den extremistischen VSS, der in undemokratischer Manier und mit einer unrepräsentativ schmalen Basis «regiert» und kein ernstzunehmender Interessenvertreter der Schweizer Studenten mehr ist.

Hoffen wir deshalb, dass der DSO-Antrag um gleichberechtigten Einsitz in den entsprechenden Bundesgremien Gehör findet. Die liberalen Studenten und deren Dachverband hätten es mehr als verdient!

Werner Knecht, Basel

Offener Brief an Nationalrat Hubacher

Die SPS ist nach Ihrem Selbstverständnis eine Partei, die sich nicht nur der Lohnabhängigen, sondern in besonderem Masse auch der Benachteiligten und Unterprivilegierten annimmt. Zu dieser Kategorie zählen sich die Tausende von Schweizer Bürgern, die in der DDR durch Verstaatlichungsmassnahmen ihre Ersparnisse und ihre wirtschaftliche Existenz als Bauern und Handwerker verloren haben. Die schweizerischen Behörden bemühen sich seit Jahren um ein Entschädigungsabkommen, bisher erfolglos. Ich frage Sie hiermit (öffentlich) an, ob Sie als SPS-Vorsitzender bei Ihrem Besuch in Ostberlin Ihre offenbar guten Beziehungen zum Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dazu benützt haben, dieses zutiefst soziale Anliegen benachteiligter Mitbürger zur Sprache zu bringen, und was dabei herausgekommen ist.

Max Keller

Deutsch-schweizerischer FDP-Meinungsaustausch Genscher von freisinniger Delegation empfangen

Zu einem freundschaftlichen Informations- und Meinungsaustausch trafen sich am 17. August in Bern der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (F. D. P.), Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher, sowie eine von Vizepräsident Nationalrat Pier-Felice Barchi geleitete Delegation der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der die Nationalräte Dr. Franz Eng, Dr. Rudolf Friedrich und Dr. Felix Auer sowie Generalsekretär Fürsprecher Hans-Rudolf Leuenberger angehörten. — Bundesminister Genscher weilte zusammen mit dem deutschen Bundespräsidenten Karl Carstens auf Staatsbesuch in der Schweiz.

Die Zusammenkunft diente

der Erörterung gemeinsam interessierender Fragen, wobei sich der deutsche Ausserminister zu weltpolitischen Fragen äusserte. In der Aussprache bestand Uebereinstimmung darin, dass die KSZE mit dem Ziel, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen, weitergeführt werden soll. Ferner wurde mit Genugtuung von den bestehenden Kontakten zwischen den beiden Parteien Kenntnis genommen, die trotz den unterschiedlichen politischen Strukturen im Interesse der Stärkung des liberalen Gedankengutes noch intensiviert werden können. Besondere Beachtung soll auch der weiteren Entwicklung der Liberalen Weltunion, der sowohl die F. D. P. wie die FDP angehören, geschenkt werden.

Fortsetzung von Seite 1

hindert werden. Industrieminister Dreyfus hielt wacker zu ihm, obwohl die Kontakte dünnflüssiger wurden; er bat ihn immerhin, sich für die Spitze eines nationalisierten Grosskonzerns zur Verfügung zu halten. Gandois hörte lange nichts mehr — auch aus dem zuständigen Ministerium nicht. Dafür hörte er etwas aus dem Radio, Mitte Februar: dass nämlich der französische Ministerrat ihn zum Administrator der nationalisierten Gruppe ernannt habe.

Es hatte es niemand im selbstherrlichen ministeriellen «Olymp» für nötig befunden, einmal die Ansichten und Empfehlungen dieses erfahrenen Wirtschafters, der mit seinem Verhalten sehr viel guten Willen dem neuen Regime gegenüber gezeigt und in sich sehr viel Misstrauen niedergekämpft hatte, wie er jetzt gesteht, anzuhören. Wer Sozialist ist, weiss es einfach besser.

Die Widersprüchlichkeit der neuen Politik

Seine Erfahrungen im «nationalisierten Zustand» fasst er kurz zusammen. Es stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber: Nach der einen würden auch nationalisierte Betriebe und Sektoren nach ökonomischen Prinzipien, freilich mit sozialem Einschlag, geführt. Nach der zweiten würden diese

dirigiert, und zwar sehr rasch zu politischen «Werkzeugen» der politischen Macht degradiert — mit welchen ökonomischen Folgen auch immer. Um ihn gesund-zuschumpfen wäre es beispielsweise nötig gewesen, einzelne Werke des Konzerns zu schliessen, was eben aus politischen Gründen «eingefroren» wurde.

In dieser Widersprüchlichkeit der Politik der neuen französischen Regierung und ihrer Funktionäre, die weitgehend eine solche zwischen Wort und Tat ist, aber auch die ganze Wirtschaftspolitik undurchschaubar macht, fühlte sich Gandois unterwegs zum Zustand und zum Los einer «Geisel». Er zog die Konsequenz und ging.

Der Freisinn

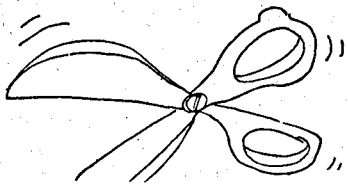
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32. Druck: Neue Zürcher Zeitung. Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Drogensucht und Gesellschaft

Das neueste Heft der «Politischen Rundschau» setzt sich mit der Drogensucht der Gesellschaft auseinander. In ihm vereinigen sich, zum Teil kontrovers, Beiträge massgeblicher Experten, in der Absicht, dem politisch interessierten Leser eine eigene Stellungnahme zu ermöglichen.



Einsenden an Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Bitte senden Sie mir ... Exemplare der «Politischen Rundschau» Nr. 3182 «Drogensucht und Gesellschaft». Den Betrag von 5.— Franken je Heft werde ich mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name

Strasse

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Pudermantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück/Fr. 6.—



Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Kann der Bund auf die Subventionierung des Tabakanbaus verzichten?

Mehr als nur eine Frage des Geldes

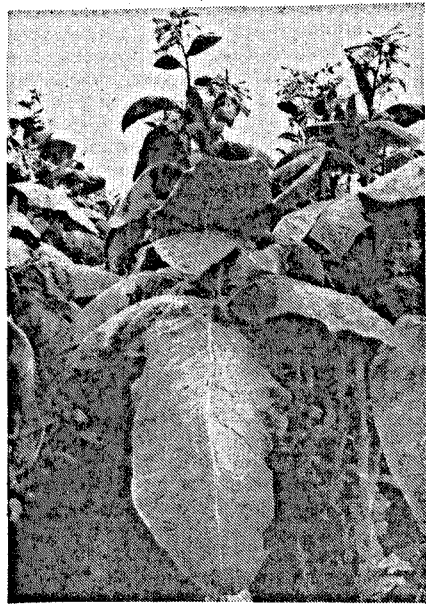
Von den einen werden sie als volkswirtschaftlicher Unsinn bezeichnet, andere wiederum erachten sie als unerlässlich, um einen wichtigen landwirtschaftlichen Produktionszweig am Leben zu erhalten: die Rede ist von den Bundesbeiträgen an den schweizerischen Tabakanbau, die sich auf jährlich rund 20 Millionen Franken belaufen. Nachdem der Nationalrat im vergangenen Dezember eine Motion überwiesen hatte, die auf eine Aufhebung dieser Subvention abzielt, wird sich der Ständerat in der Herbstsession mit dem Antrag seiner Finanzkommission auseinanderzusetzen haben, dieses komplexe Problem einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Auf der steten Suche nach neuen Sparrmöglichkeiten wurde der Nationalrat im vergangenen Dezember plötzlich auf einem Gebiet tätig, von dem bisher noch nie die Rede war. Mit 94:19 Stimmen beauftragte er den Bundesrat in einer Motion, «Massnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Bundesbeiträge zur Verwertung des inländischen Tabaks zu ersetzen oder aufzuheben». Hauptzweck der Subventionierung des Tabakanbaus aufzuheben. Nutznießer wäre die AHV, die entsprechend der gestrichenen Subvention jährlich 20 Millionen Franken zusätzlich in ihrer Kasse verbuchen könnte.

Höchster Beitrag je Hektare

Tabak wird heute in der Schweiz auf einer Fläche von 733 Hektaren angepflanzt, was etwa 0,3 Prozent der offenen Ackerbaufläche beträgt. Pro Hektare beläuft sich die Bundessubvention auf 28 000 Franken. Dies ist der höchste Beitrag pro Flächeneinheit, der in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik ausgerichtet wurde. In der nationalrätlichen Debatte wurde auch auf den Umweltschaden verwiesen, dass dieser Subvention ein Hektartrug von durchschnittlich 23 000 Franken gegenübersteht.

Vor allem der Baselbieter Felix Auer machte in der Debatte darauf aufmerksam, dass rund 5000 Franken mehr in den Tabakanbau hineingesteckt werden, als überhaupt herausgeholt



werden kann. Dies sei ein volkswirtschaftlicher Unsinn: «Es käme den Bund wesentlich billiger, wenn man diesen ganzen Apparat stilllegen, die Felder brachlegen und den Tabakpflanzen direkt 23 000 Franken pro Hektare ausbezahlen würde mit der Auflage: Verzichtet auf das Tabakpflanzen.»

Bereits im Nationalrat meldeten sich Stimmen, die die Motion ablehnten und darauf hinwiesen, der Tabakanbau werde gefördert «zugunsten eines vielseitigen Anbauprogramms der Landwirtschaft und um 1000 Bauernfamilien eine zusätzliche Verdienquelle und eine Ausweichmöglichkeit zu öffnen, was im Zeichen der Milchkontingentierung von besonderer Aktualität ist». Solche Einwände verhalten da-

mals aber weitgehend ungehört, so dass sich die Tabakindustrie veranlasst sah, zur Gegenoffensive zu schreiten.

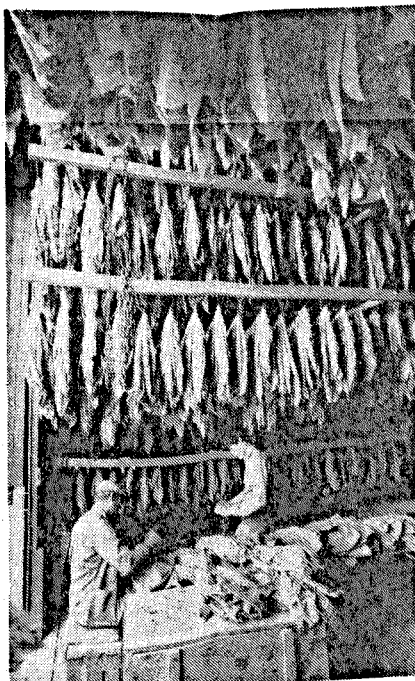
Keine Subvention?

An einem vom Landwirtschaftlichen Informationsdienst (LID) veranstalteten Pressegespräch hatten Vertreter der Bundeshaus- und Agrarpresse vor kurzem Gelegenheit, sich über die gegen die Motion sprechenden Argumente zu orientieren. Aus der Sicht der Tabakpflanzer und der verarbeitenden Industrie ist der Bundeszuschuss an den Tabakanbau keine eigentliche Subvention. Vielmehr stellt die Leistungen zur Förderung des Tabakanbaus eine teilweise Verwendung einer hierfür zweckgebundenen Steuer dar. Das Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung legt nämlich fest, dass der Bund aus dem Steuerertrag der mit Inlandtabak hergestellten Tabakfabrikate Beiträge zur Erhaltung, Förderung und Rationalisierung des inländischen Tabakanbaus gewährt. Wesentlicher Zweck dieser Bestimmung ist die Gewährleistung der kostendeckenden Produzentenpreise — ein Grundsatz, der in der Landwirtschaftspolitik allgemein Geltung hat.

Einen Ueberblick über die Tabakproduktion — Ernte, Trocknung, Fermentierung, Ausrüstung — im Broye-Tal geben diese Bilder. (Photos ruti)

Steigende Steuerbelastung

Wie in allen europäischen Staaten unterliegt die Tabakproduktion auch in der Schweiz einer beträchtlichen Steuerbelastung. Diese setzt sich zusammen aus der



Fabrikationssteuer und der Wust. Die Erträge aus der Fabrikationssteuer gehen an die AHV, soweit sie nicht zur Förderung des Tabakanbaus — wie oben dargelegt — verwendet werden. Die zur Diskussion stehende «Subvention» von rund 20 Millionen Franken pro Jahr wird also voll vom Tabakkonsumenten bezahlt.

Seit 1973 hat der Bund die Tabaksteuer in drei Stufen um insgesamt 70 Prozent erhöht. Die Gesamtabgabe pro Kilo fermentierten Tabaks stieg in dieser Zeitspanne von 24.75 auf 42.80 Franken. Heute kassiert der Bund rund die Hälfte des Detailverkaufspreises eines Päckchens Zigaretten.

400 Millionen vom Inlandtabak

In welchem Umfang profitiert der Bund nun von der Tabakindustrie im allgemeinen und vom Inlandanbau im besonderen? 1981 hat die Tabakbranche der AHV/IV gesamthaft 644,6 Millionen Franken und der allgemeinen Bundeskasse über die Wust 106 Millionen Franken entrichtet, zusammen also rund 750 Millionen Franken.

Der Steuerertrag, der ihm aus dem Inlandtabak zufließt, belief sich auf rund 40 Millionen Fran-

Falsch verstandene Solidarität FDP gegen «Krawall»-Amnestie

Den Vorschlag kirchlicher Jugendorganisationen einer Amnestie für Delikte, die im Zusammenhang mit den sogenannten Jugendunruhen begangen worden sind, lehnt die Geschäftsleitung der FDP ab. Sie ist der Ansicht, dass die in der Bundesverfassung verankerte Institution der Amnestie nur für ausserordentliche Fälle vorgesehen ist, in denen es aus politischen Gründen opportun erscheinen mag, auf eine strafrechtliche Verfolgung oder Vollstreckung zu verzichten. Ein derartiger ausserordentlicher Fall aber liegt hier nicht vor. Mit einer Amnestie würden die Ereignisse überbewertet und eine Dimension erhalten, die ihnen nicht zusteht.

Die Geschäftsleitung ist sich bewusst, dass bei aller Problematik der Sache die gute Absicht des Vorstosses nicht zu verkennen ist. Sie attestiert den Initianten guten Willen, auch wenn die Idee dazu dem Forderungskatalog der «Bewegung» entnommen wurde. Dennoch kann sie mit dem Begehren nicht einiggehen, da sie es als eine falsch verstandene Solidarität erachtet. Die Fragwürdigkeit des Amnestiegedankens zeigt sich auch darin, dass die Kerngruppe der «Bewegung» sich in eine Fundamentalopposition gegen den liberalen Staat, seine Gesellschaft und seine Rechtsordnung stellt. Sinn und Zweck einer Amnestie ist, den Weg zur

Verständigung wieder zu finden und Gegensätze zu überbrücken. Dazu ist die Bereitschaft aller nötig. Eine solche ist aber auf Seiten jener, die diesen unseren Staat ablehnen, nicht vorhanden. Die Randalierer haben das in sie gesetzte Vertrauen ausnahmslos missbraucht. Statt das Gespräch zu suchen, wurde krawalliert. Diese Ausschreitungen können zudem nicht als einmalige Affekthandlung qualifiziert werden, sondern sind ein über lange Zeit betriebener systematischer Strassenterror.

Zu bedenken ist auch, dass die präventive Funktion des Strafrechts gegen einen generellen Straferlass spricht. Ein solcher Schritt wäre eine Ermunterung und ein Freibrief für den harten Kern der «Bewegung» und kein Zeichen der Grösse, wie die Initianten ihr Begehren bezeichnen, sondern schlicht und einfach ein Nachgeben gegenüber der Gewalt.

Wenn die Geschäftsleitung eine Amnestie ablehnt, so ist dies nicht mit einer Absage an den Gedanken der Reintegration jenes kleinen Teils Jugendlicher und junger Erwachsener verbunden, der zu Gewalttaten schritt. Doch wertet sie in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesen eine Versöhnung über den Weg des Rechts höher als Gnadenakte für Sondergruppen, welche die Verbindlichkeit des Rechts für alle ausser Kraft setzen.

ken. Im gleichen Jahr förderte der Bund den Tabakanbau mit knapp 20 Millionen Franken. Alles im allem kassiert er also mehr, als er in den Tabakanbau hineinsteckt. Der Gerechtigkeit halber muss jedoch vermerkt werden, dass er diese 40 Millionen Franken auch dann einnehmen würde, wenn die schweizerische Tabakverarbeitung zu 100 Prozent auf ausländischen Tabak abgestellt wäre. Für den Bund würden in diesem Fall die Beiträge im Umfang von 20 Millionen Franken entfallen.

Fest steht auf jeden Fall, dass die inländische Tabakproduktion den Bund per Saldo nichts kostet. Im Gegenteil: Seit 1970 hat der in der Schweiz angebaute Tabak dem Bund Nettoeinnahmen von rund 400 Millionen Franken zur Finanzierung der AHV eingebracht.

Uebernahmepflicht?

Folgt der Ständerat dem Antrag seiner Finanzkommission, so wird die nationalrätliche Motion nur als weniger verbindliches Postulat überwiesen. Insbesondere die agrar-, wirtschafts- und die beschäftigungspolitischen Aspekte dieser Frage sollen noch einer näheren Prüfung unterzogen werden. Dabei besteht durchaus die Möglichkeit, dass man sich im Bundesamt für Landwirtschaft Gedanken in Richtung Uebernahmepflicht macht, in dem Sinn nämlich, dass die tabakverarbei-



tende Industrie den Inlandtabak zu kostendeckenden Preisen entgegennehmen müsste. Dies könnte allerdings eine Verteuerung des Tabakkonsums zur Folge haben.

Im Gegensatz zur Auffassung des Nationalrats braucht es zur Einführung der Uebernahmepflicht keine Gesetzesänderung. Gemäss geltendem Tabakbesteuergesetz kann der Bund schon heute «die Hersteller von Tabakfabrikaten zur Uebernahme von Inlandtabak in einem zumutbaren Verhältnis zu dem von ihnen verarbeiteten Importtabak verpflichten» (Art. 28 Abs. 2). Die Frage ist nun, ob die Tabakindustrie künftig zwangsweise die gesamte Inlandernte aufkauft oder ob dies wie bisher — dank einer gewissen finanziellen Aufmunterung — auf freiwilliger Basis geschehen soll.



Zahlen zum Tabak

• 1981 wurden in der Schweiz durch 920 Pflanzler auf einer Fläche von 751 Hektaren rund 18 430 Zentner Rohtabak geerntet, was einen Ertrag von 17,731 Millionen Franken erzielte. Im laufenden Jahr reduziert sich die Anbaufläche auf 733 Hektaren und die Zahl der Pflanzler auf 865.

• Der Inlandtabak wird in der Schweiz importiertem Tabak beigemischt. Er stellt 8 Prozent des Inlandkonsums (Schweizer Markt) und 4 Prozent der gesamten Zigarettenproduktion (Schweizer Markt und Export) dar.

• Tabakbetriebe existieren heute in elf Kantonen. Ein Drittel findet sich im Kanton Waadt, ein Drittel im Kanton Freiburg, und das letzte Drittel verteilt sich auf die Zentral-, Ost- und Südschweiz. Marginal- und Hobbypflanzer sind nach Angaben des Verbands der Tabakpflanzer von der Bildfläche verschwunden. Alle Betriebe sind heute mechanisiert und mit modernen Trocknungssteuern ausgerüstet.

• Der in der Schweiz geerntete Tabak wird vom Bund ei-

ner strengen Qualitätskontrolle unterzogen. Die Produzentenpreise werden entsprechend der festgestellten Qualität festgelegt. 1981 waren 70 Prozent der Ernte Tabak erster Klasse, 20 Prozent zweiter und 10 Prozent dritter Klasse. Nicht klassierte Tabakblätter werden nicht angenommen und auf der Stelle verbrannt.

• Was die mit dem Tabak zusammenhängende Beschäftigung angeht, so müssen zu den 865 Pflanzern noch rund 5000 Personen hinzugezählt werden, die in der tabakverarbeitenden Industrie Arbeit finden. Nicht mitberechnet sind hier die von den Zulieferfirmen beschäftigten Personen (Werbebranche, Papierbranche, Filterfabrikation, Verteilung).

• Der Gesamtumsatz der tabakverarbeitenden Industrie überstieg im vergangenen Jahr 1,605 Milliarden Franken. Davon beläuft sich der Wert der Ausfuhr auf 222 Millionen Franken. Dieser Betrag ist somit höher als der Wert der eingeführten Rohtabake im Betrag von 201 Millionen Franken.

Volksinitiative für den Ausgleich der kalten Progression ist noch dringender geworden

Stopp der verfassungswidrigen Steuerschraube!

Eine 1971 eingeführte Bestimmung der Bundesverfassung verlangt, dass die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer periodisch ausgeglichen werden. Das geschah bisher nur zweimal, und auch da nur höchst mangelhaft. Nationalrat Hans Georg Lüchinger (Wettwil a. A./Zürich), Präsident des Initiativkomitees für den Ausgleich der kalten Progression, legt dar, warum heute nur noch die lancierte Volksinitiative zu einer korrekten Anwendung der seit elf Jahren bestehenden Verfassungsvorschrift führen kann.



stimmung für den Ausgleich der kalten Progression gestellt hatte. Alle Vorstösse verlangten im Grunde nur in allgemeiner Weise Ausführungsvorschriften für den Verfassungssatz. National- und Ständerat haben daher in Wirklichkeit eine baldige Erfüllung einer seit 1971 bestehenden Verfassungspflicht abgelehnt.

Der kluge Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements hat natürlich gemerkt, dass er mit der Volksinitiative nicht in gleicher Art werde umspringen können wie mit den parlamentarischen Motionen. Denn die Volksinitiative enthält selber konkrete und direkt anwendbare Ausführungsbedingungen. Kurz nach Lancierung der Initiative hörte man daher aus dem Bundeshaus, der Bundesrat werde dem Parlament noch vor Jahresende eine eigene Vorlage zur Frage der kalten Progression unterbreiten. Nach den bekanntgewordenen Entwürfen dürfte aber der Vorschlag des Finanzdepartementes nur vorsehen, dass der Bundesrat bei einer ab 1. Januar 1983 eingetretenen Teuerung von 10, 15 oder 20 Prozent (der genaue Satz ist noch offen) der Bundesversammlung Bericht und Antrag über einen Ausgleich der kalten Progression unterbreiten wird. Was heisst das? Mit Verlaub: nichts! Der gestützt auf eine so allgemeine Regel vielleicht im Jahre 1986 erstmals zu unterbreitende bundesrätliche Antrag kann nämlich durchaus auch dahin lauten, dass die schlechte Finanzlage des Bundes und die hohen Staatsausgaben einen vollen oder auch nur hälftigen Ausgleich der kalten Progression nicht erlaubten. Wie eine Mehrheit der Bundesversammlung denkt und möglicherweise auch in der Zukunft entscheiden wird, haben wir in der Junisession dieses Jahres erleben dürfen. Die Steuerhochhalter werden im übrigen dannzumal sicher alles tun, um ihren unpopulären Entscheid bis nach den eidgenössischen Wahlen 1987 hinauszuzögern.

Mitleid mit der Bundeskasse?

Der mittelfristige Ausgleich des Bundeshaushaltes ist auch für mich ein wichtiges Anliegen. Im Gegensatz zu den Kantonen verfügt aber der Bund über zahlreiche indirekte Steuerquellen. Darum stellt sich die Frage des Ausgleichs der kalten Progression beim Bund ganz anders als bei den Kantonen. Der Bund hat Ausweichmöglichkeiten, welche die Kantone nicht kennen. Es geht hier darum, die Aufteilung des Steuersubstrates der direkten Steuern nicht weiter zulasten der Kantone und zugunsten des Bundes zu verschieben. Es geht aber ausserdem auch um eine wirksame Weiterführung der Sparmassnahmen. Die Motivation dazu hat nach dem guten Rechnungsabschluss 1981 des Bundes schon spürbar nachgelassen. Und sie wird weiter schwinden, wenn

Jeder, der sich für Steuerpolitik interessiert, kennt die heimliche Steuerschraube der kalten Progression, die vor allem die mittleren Einkommen trifft. Durch den Teuerungsausgleich rutscht der Steuerzahler in eine schärfere Steuerprogression und hat unverhältnismässig mehr Steuern zu bezahlen, obwohl sich sein Einkommen *real* nicht erhöht hat. Der Bund verschärft dadurch laufend und in aller Stille die von Parlament und Souverän genehmigten Tarife der direkten Bundessteuer. Und er schant sich einen immer höheren Anteil am Volkseinkommen zu.

Parlamentarischer Weg gescheitert

Die FDP hat sich schon bei der Beratung der neuen Bundesfinanzordnung von 1981 im Parlament für konkrete Bestimmungen zur Durchsetzung der seit 1971 in einer allgemeinen Verfassungsvorschrift verlangten Ausgleichung der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer eingesetzt. Vergeblich. In einer Motion vom 21. September 1981 hat die FDP-Fraktion sodann im Nationalrat die rasche Vorlegung von Ausführungsbestimmungen zur Verfassungsnorm gefordert. Der FDP-Vorstoss ist in der Junisession im Plenum des Nationalrates mit Stichentscheid der Präsidentin in ein unverbindliches Postulat verwandelt und damit praktisch abgelehnt worden. Noch schlimmer erging es analogen Motionen aus dem Kreise der Angestellten-Gruppe des Nationalrates sowie der Landesring-Fraktion: Sie wurden mit 75:67 bzw. 79:65 Stimmen als Motion abgelehnt. Schon in der Märzsession 1981 hatte zudem der Ständerat eine gleichartige Motion des freisinnig-demokratischen Ständerrates Max Afolter (SO) mit deutlicher Mehrheit verworfen.

Schaumschlägerei des Finanzministers

Das parlamentarische Debakel war um so unverständlicher und alarmierender, als keine der vier im März und Juni abgelehnten Motionen konkrete Forderungen und Bedingungen für die Art der Anwendung der Verfassungsbe-

Mit dem Dank des Vaterlandes

Pressekommentare zum Rücktritt von Bundespräsident Honegger

Unisono, quer durch die Presselandschaft, über die Sprach- und Parteigrenzen hinaus positiv fielen die ersten Reaktionen über das Wirken des scheidenden Bundespräsidenten aus. Einhellig wurde dessen Einsatz für die Öffentlichkeit hervorgehoben. Und für einmal war zweifelslos der vielzitierte «Dank des Vaterlandes» nicht nur eine Floskel. Wenn sich die Presse zuweilen eher reserviert gegenüber Bundespräsident Honegger äusserte, für dieses eine Mal war sie in einer ersten Würdigung dessen Wirkens des Lobes und der Anerkennung voll.

Auf seinen Leistungsausweis geht, nach einigen persönlichen Bemerkungen, Denis Barrelet in den «24 heures» ein: «Fritz Honegger cherche l'efficacité avant tout. Il ne manque jamais d'aller à l'essentiel, précis dans ses déclarations. Hostile à toute rhétorique. Ce grand dépouillement dans l'expression peut confiner à la sécheresse. Pas un brasseur d'idées, ce président de la Confédération 1982. Et pourtant ouvert d'esprit, sachant écouter, loyal à l'égard de tous ses interlocuteurs, jamais rancunier, sensible aussi. Ce que l'histoire retiendra de son court règne? La nouvelle assurance chômage, l'article sur la protection des consommateurs, le contingentement laitier. Bien d'autres choses encore. Au Département de l'économie publique, où l'agriculture remplissait bien la moitié de son temps, il n'était plus l'homme de l'industrie qu'il avait été à Zurich, où il avait dirigé la Chambre du commerce, mais un homme politique préoccupé par le bien général. Une mue parfaitement réussie.»

Ebenso auf das Wirken des scheidenden Magistraten verweist Michel Jaccard in der «Nouvelle Revue de Lausanne»: «M. Honegger a été un grand homme d'Etat. Il sera difficile, dans l'histoire de la Confédération, de trouver un tandem aussi prestigieux, aussi efficace et aussi compétent que celui que formaient Fritz Honegger et l'ambassadeur Jolles. En d'autres circonstances, on pourra dire l'importance du travail accompli par le chef du Département de l'économie publique et ses services. M. Honegger s'en va au moment où les conditions économiques de la Suisse deviennent de plus en plus préoccupantes. L'ancien directeur de la Chambre de commerce de Zurich fut à la fois un politicien et un technocrate. Puisse son successeur présenter cet assemblage rarissime.»

«Effizienz vor Brillanz» — dies der Titel der Würdigung von Dr. Hans Willi im CVP-Zentralorgan «Vaterland»: «Bundesrat Fritz Honeggers fünf Jahre als Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) standen im Zeichen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die sich gerade heute wieder häufen. Das Auf und Ab der Teuerung erforderte ebensowohl die Aufmerksamkeit des Vorstehers des EVD wie die notorischen Ueberschussprobleme der Landwirtschaft. Mit Sachkenntnis, Gründlichkeit und der Fähigkeit, das Wesentliche zu erfassen, ist Honegger die Probleme im Team angegangen. Einen Monat nach seinem 65. Geburtstag hat Bundespräsident Fritz Honegger den Rücktritt aus der Landesregierung bekanntgegeben. Dass er auf der Schwelle zum Alter «P» aus der aktiven Politik abtritt, bedeutet aber sicher nicht, dass er sich nun aufs Altenteil zurückziehen werde. Der Mann aus der Wirtschaft wird gerade in diesen ökonomisch schwierigen und anspruchsvollen Zeiten dank seinen im hohem Amt hinzugewonnenen Einsichten und seinem Ueberblick über das Ganze ein begehrter Ratgeber sein. Er wird seine ungebrochene Schaffenskraft der Allgemeinheit in neuer Weise zur Verfügung stellen. Honegger hat sein bisheriges Leben zum grössten Teil dem Dienst der Öffentlichkeit gewidmet, als Berufsmann, als Politiker und als Soldat. Dabei drängte er sich nicht vor. Nur wenn man ihn rief, überwand er sich und folgte dem Anruf. Diese sympathische Eigenschaft zeigt sich auch darin, dass er alles andere als publizitätssüchtig ist. Um so deutlicher treten seine Sachkenntnis, seine Gründlichkeit, seine Fähigkeit zum

Ueberblick und zur Erfassung des Wesentlichen hervor. Effizienz ist sein Anliegen und seine Stärke, Pathos und Brillanz sind seiner eher trockenen Art fremd. Der Boden, auf dem man sich mit einem Mann dieser Innenausstattung immer finden kann, ist der Boden der Sachlichkeit und des gegenseitigen Respekts. Ueberzeugter liberaler und geschickter Anwalt der freien, sozialen Marktwirtschaft, ist Honegger gerade wegen seiner persönlichen Charaktereigenschaften ein Chef und ein Partner und stellt an Untergebene ebenso hohe Anforderungen wie an sich selber: Die Anforderungen des Vorrangs der Sache vor der Person, des Allgemeinutzens vor dem Sonderinteresse, der Effizienz vor der Brillanz. Honegger, konziliant und kompromissfähig, ist ein Mann der Zusammenarbeit und des Teamworks.»

Auch Markus Rohr hebt im «St. Galler Tagblatt» die Effizienz des EVD-Vorstehers hervor: «Honegger war einer der hervorragendsten und effizientesten Regierungsmänner, welche unser Land in der jüngsten Vergangenheit hatte.»

Aehnlich Jacques-Simon Egly im «Journal de Genève»: «Solide, concentré à l'extrême, ne s'embarrassant guère de grands débats d'idées, tourné vers l'efficacité, il maîtrise un immense département, sans lui donner, peut-être, d'impulsions décisives mais en y tenant parfaitement son rôle.»

«Sachlich und fair» — dies der Titel der ersten Würdigung durch Dr. Emil Grichting im «Tages-Anzeiger»: «Bundespräsident Fritz Honegger gehört erst seit fünf Jahren der Landesregierung an. Er hat dieses Amt nicht gesucht und von allem Anfang an erklärt, dass er nicht länger als bis Ende der laufenden Legislaturperiode im Bundeshaus verbleiben werde. Nun geht er noch ein Jahr früher. (...) Honegger war nie ein Vielredner. Im Parlament glänzt er durch Sachkenntnis, sicher nicht durch originelle Formulierung. (...) Er macht auch nie ein Hehl daraus, dass ihm das Repräsentieren, wie es nun einmal einem Bundespräsidenten obliegt, wenig behagt. (...) Die Sachlichkeit, die Korrektheit, die Fairness, mit denen er sein Amt versieht, werden allseits anerkannt. Auch gewerkschaftliche und bäuerliche Kreise stimmen in diesen „Lobgesang“ ein. Dass Bundespräsident Honegger sein Amt in einem Augenblick verlässt, wo sich düstere Wolken am Wirtschaftshimmel zusammenziehen, muss doppelt bedauert werden.»

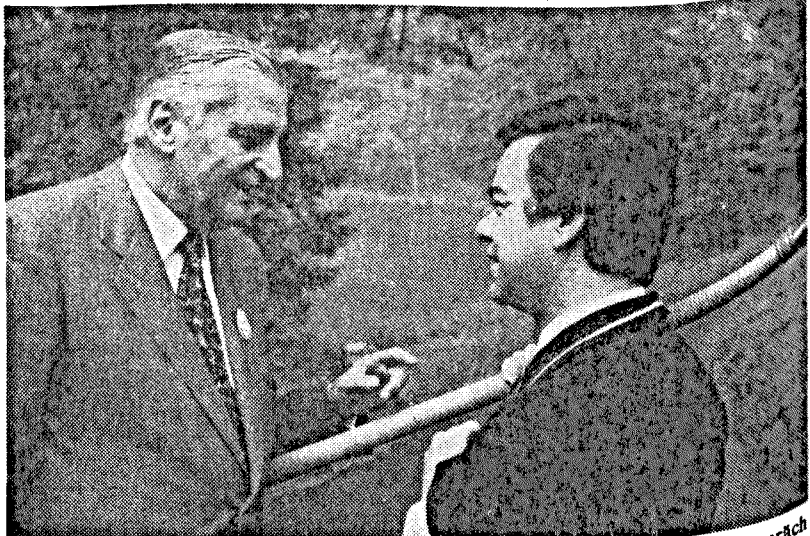
Dr. Hans Zwicky verweist in der «Neuen Zürcher Zeitung» auch darauf, dass der scheidende Magistrat dieses Jahr die Aufgabe eines Bundespräsidenten übernahm, ohne sich in den Vordergrund zu drängen: «Grosse Sachkunde und die Ueberzeugungskraft durchdringender Sachlichkeit verschaffen Bundesrat Honegger auf der eidgenössischen Ebene hohes Ansehen in den komplexen Fragen der Wirtschaftspolitik in allen Bereichen. Ohne überflüssige Worte verfiert er als überzeugter Liberaler das Anliegen einer freien und gesunden Wirtschaft

und sucht, ohne nach Popularität zu streben, mit Verständnis für die Anliegen aller Volksgruppen faire Lösungen zu verwirklichen. Als Bundespräsident in diesem Jahr bewältigt Fritz Honegger neben seinem anspruchsvollen Amt als Chef des Volkswirtschaftsdepartements die zusätzlichen Führungsaufgaben im Bundesrat, ohne sich in den Vordergrund zu rücken.»

Vor seinem Präsidentschaftsjahr war der Rüschkönig für Oskar Reck gemäss dessen Kurzkommunikat in der «Basler Zeitung» der «unauffälligste der Landesväter»: «Der Zürcher Fritz Honegger trat aus dem Regierungskollegium erst hervor, als er in diesem seinem zugleich letzten Amtsjahr als Bundespräsident zum Primus inter pares wurde. Zuvor war er ausserhalb der Exekutive, seines Departementes und der eidgenössischen Räte der unauffälligste der Landesväter. Wer sich im Bundeshaus und der nationalen Politik auskennt, konnte allerdings wissen, dass dieser diskrete Magistrat ein überragender Departementschef und ein sehr erfolgreicher Verfechter seiner Sachgeschäfte war, ob es nun um handels- oder landwirtschaftspolitische ging. Er hatte und hat in Bern seine Kontrahenten, aber kaum jemanden, der ihm den persönlichen Respekt versagt.»

Dass der Bundespräsident auf dem Höhepunkt seiner Karriere zurücktritt, vermerkt Roland Meier in der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz»: «Fritz Honegger setzt seinen politischen Karriere auf dem Höhepunkt, nach seinem Präsidentschaftsjahr, ein Ende. Als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements und damit auch als oberster „Schirmherr“ der Landwirtschaft erntete er mit den von ihm vertretenen Geschäften während seiner fünfjährigen Amtszeit nicht immer nur Beifall. Sein Sinn für das Mass und das Mögliche, seine Sachkenntnis und seine Fähigkeit, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, halfen ihm in der Regel jedoch, einen Ausgleich zwischen den gerade in seinem Fachgebiet oft divergierenden Interessen zu finden. Als Mann der Tat, der sich nie in den Vordergrund drängte und sich aus Popularität (und Volksnähe) nicht viel machte, blieb Honegger für viele unnahbar, was jedoch seiner Arbeit im Dienste der Eidgenossenschaft keineswegs abträglich war.»

Auf die aktuelle Wirtschaftslage sowie das besondere Verständnis des Bundespräsidenten für die Uhrenbranche tritt in seinem Kommentar Philippe-O. Boillod im «L'Impartial» ein: «Jamais Fritz Honegger n'a varié d'un pouce dans ses convictions libérales, ce qui lui a parfois valu une certaine hostilité de la part de la gauche et des syndicats. Jamais ce radical n'a manifesté la moindre velléité centralisatrice, l'une des tentations du pouvoir. Simple, il s'est révélé être un homme politique scrupuleux, profondément fédéraliste et très convaincu par nos institutions. Et puis, Fritz Honegger a toujours été très sensibilisé par les difficultés que traverse l'industrie horlogère. La région perd un allié.»



Gute Ratschläge vom Bundespräsidenten? Der scheidende Magistrat im Gespräch mit einem Berner Oberländer Alphornbläser beim diesjährigen Fraktionsausflug. (Foto ruti)

sich der Bund neue Ausgaben-Eskapaden in Umgehung von Parlament und Volk in aller Stille über die Mehreinnahmen aus der kalten Progression finanzieren kann.

Darum gibt es bei dieser echt freisinnig-demokratischen Zielsetzung auch für die FDP der Schweiz nur noch einen realistischen Weg: die tatkräftige Unterstützung der Volksinitiative. Unterschriftenbogen und Informationsmaterial sind beim «Initiativkomitee für Ausgleich der kalten Progression», Postfach 291, 8035 Zürich, Telefon (01) 363 22 40, erhältlich. Die Beibringung von hunderttausend Unterschriften ist keine Kleinigkeit, helfen Sie mit!

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

&

NEW YORK

Baer American Banking Corporation
330 Madison Avenue, New York, N.Y. 10017